



Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand – 10 Jahre Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Jahrestagung vom 04. bis 06.04.2008 in Bonn

**Evangelische Akademie im Rheinland, Bonn
in Kooperation mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung**



Inhalt

10 Jahre *Plattform* – Rückblick und Ausblick

Talkshow am Freitagabend, 4. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand

Podiumsdiskussion am Samstagvormittag, 5. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

Wie funktionieren Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure?

Vortrag von Dr. Thania Paffenholz am Samstagnachmittag, 5. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

Impulse für Friedensfähigkeit und Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit

Anregungen aus den Arbeitsgruppen am Sonntagvormittag, 6. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

Protokoll der Arbeitsgruppe 1:

„Die *Plattform* als Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft?“

Protokoll: Madeleine Hagemeister

Protokoll der Arbeitsgruppe 2:

„Zivile Konfliktbearbeitung im Inland – Projekte im Dialog“

Protokoll: Mathis Blome, Bernd Rieche

Protokoll der Arbeitsgruppe 3:

„Lobby für Frieden“

Protokoll: Tilman Evers

Protokoll der AG 4:

„Sicherheit und Frieden mit der Europäischen Union?“

Protokoll: Katarina Fritzsche

Anhang:

Tagungsprogramm

Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



10 Jahre Plattform – Rückblick und Ausblick Talkshow am Freitagabend, 4. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

„Viel erreicht, doch viel bleibt zu tun“, so kann die Diskussion über „10 Jahre Plattform – Rückblick und Ausblick“ am 4. April 2008 in der Evangelischen Akademie im Rheinland zusammengefasst werden. In einer Talkshow erläuterten der Friedens- und Konfliktforscher Professor Dr. Jörg Calließ und die Politikwissenschaftlerin Dr. Regine Mehl den circa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihre Erinnerungen und Einschätzungen. Beide gehören zum „Urgestein“ der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die die Tagung gemeinsam mit der Evangelischen Akademie im Rheinland durchführte.

Jörg Calließ hatte als Leiter der Evangelischen Akademie in Loccum schon seit 1992 regelmäßig Tagungen zum Stichwort „peaceful settlement of conflicts“ durchgeführt. „Erst einige Jahre später haben wir überlegt, dass wir unbedingt einen deutschen Begriff brauchen“, sagte er. Die Geburtsstunde des Begriffs „zivile Konfliktbearbeitung“ kam dann beim Wein im Hannoveraner Restaurant Mövenpick.

Semantik spielte auch später bei der Gründungsvorbereitung der Plattform eine große Rolle. Regine Mehl, die langjährige Leiterin der Arbeitsstelle für Friedensforschung, erzählte von einem Treffen in Bonn 1997: „Da saßen Norbert Ropers von der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Manfred Stenner vom Friedensnetzwerk, Werner Lottje, der langjährige Leiter des Referats Menschenrechte des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschlands, und ich in einer kuscheligen Runde in der Bibliothek der Arbeitsstelle zusammen. Wir waren uns einig, wir wollen etwas schaffen, das die Fragen der Konfliktbearbeitung strategisch in die Hand nimmt. Aber da alle auf ihre Selbstständigkeit beharren würden, brauchten wir eine offene Organisationsstruktur. So ist der Begriff ‚Plattform‘ entstanden.“

Am 13. November 1998 wurde in Bad Honnef die Plattform Zivile Konfliktbearbei-

tung von 60 Einzelpersonen und 13 Organisationen aus der Taufe gehoben. Inzwischen gehören 63 Organisationen und 129 Personen der losen Organisation als „Teilhabende“, wie die Mitglieder in der Plattform genannt werden, an.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und des ersten Golfkrieges von George Bush senior, den Jugoslawien-Auflösungskriegen und dem Genozid in Ruanda bestand damals in unterschiedlichen Kreisen das Bedürfnis, nach zivilen Antworten auf Konflikte zu suchen. „Die Konkretisierung dessen, was ‚zivile Konfliktbearbeitung‘ bedeutete, das war unser erstes Ziel“, erinnerte sich Jörg Calließ. Darüber hinaus galt es, Akteure aus verschiedenen Bereichen zu vernetzen: nach Neuorientierung Suchende aus der Friedensbewegung, Entwicklungsdienste, die in Konfliktgebieten schon praktische Erfahrungen gesammelt hatten, Menschenrechts- und humanitäre Gruppen sowie die Wissenschaft. „Es gab große Berührungsängste damals. Zum Beispiel war Amnesty International anfangs sehr zurückhaltend“, berichtete Calließ. Und noch immer sei es nicht in ausreichendem Maße gelungen, Akteure aus dem katholischen Milieu einzubinden.

Mitten in der Vorbereitungszeit der Plattform-Gründung fanden im September 1998 die Bundestagswahlen statt. Zwar wollte man mit der Plattform weg von der Staatsfixierung und den Blick auf zivilgesellschaftliches Handeln lenken. Doch die Bildung der ersten rot-grünen Koalition schuf neue Voraussetzungen für die Arbeit der jungen Plattform, referierte Regine Mehl: „Da waren jetzt Menschen in Regierungspositionen, mit denen man in den 80er Jahren zusammen demonstriert hatte. Ich kannte die alle und das hat Stahl Türen geöffnet.“

Auch das Plenum beteiligte sich intensiv an der Diskussion, vor allem zur Frage, wo die Plattform mit ihrem Anliegen heute



steht. „Vor zehn Jahren war die Vokabel ‚zivile Konfliktbearbeitung‘ nahezu unbekannt“, erinnerte sich Tilman Evers. Das sei heute anders. Der Moderator, Christoph Weller, Professor an der Universität Marburg, wies darauf hin, dass sich in den letzten zehn Jahren der politische Kontext der Arbeit der *Plattform* geändert habe. Heute gebe es keine rot-grüne Koalition mehr und das Scheitern der militärischen „Lösungs-Optionen“ sei zum Beispiel im Irak und in Afghanistan offensichtlich.

Dass die Bundeswehr seit 1998 zwei Kriege geführt hat bzw. immer noch führt (Kosovo und Afghanistan), weist darauf hin, dass das Anliegen der *Plattform*, Konflikte vorrangig zivil zu bearbeiten, nicht zur Leitlinie der Politik – auch nicht der rot-grünen Regierung – geworden ist. Trotzdem hat der Gedanke der zivilen Konfliktbearbeitung an Boden gewonnen. Die Verabschiedung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ im Jahr 2004 durch die Bundesregierung sah Jörg Calließ als größten politischen Erfolg an: „Die *Plattform* hat einen großen Anteil daran, dass das Thema zivile Konfliktbearbeitung auf die politische Agenda gekommen ist.“

Allerdings, so ein unwidersprochener Einwurf aus dem Plenum, sei der Aktionsplan in der Praxis leider nichts weiter als „geduldiges Papier“. Ein anderer Teilnehmer kritisierte, dass im Auswärtigen Amt die bisher eigenständige Funktion des Beauftragten für Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung einem normalen Referat zugeschlagen werden solle. „Wir müssen uns nicht nur für den Erhalt der Verantwortlichkeit, sondern auch für den Ausbau der Abteilung aussprechen, da ja der bisherige Beauftragte, Botschafter Friedrich Däuble, keinen einzigen Mitarbeiter hatte“, sagte er

unter dem Beifall des Plenums.

Auf anderer Ebene wurde die Leistung der *Plattform* uneingeschränkt positiv bewertet: „Die Informationsfunktion der *Plattform* ist unter anderem durch die vorzügliche Internetplattform sehr gut“, schätzte Regina Mehl ein. Dort sei zu erfahren, was es für Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung gebe und welche Akteure vorhanden seien. Auch Studenten würden in ihren Seminaren und Diplomarbeiten auf diese Informationen zurückgreifen, ergänzten andere Diskutanten.

Veränderungen sind ebenfalls auf europäischer Ebene eingetreten. Heute sind die Akteure im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung europaweit vernetzt. Vor kurzem hat das Forum Ziviler Friedensdienst eine Arbeitsstelle zur Lobbybüro in Brüssel eingerichtet. Seit etwa 2000 macht auch in Brüssel der Begriff „conflict prevention“ Karriere. Es gebe jetzt in Brüssel viele Ansprechpartner, wenngleich, so ein Teilnehmer, „das Ergebnis der Gespräche mitnichten befriedigend ist“.

Als einen weiteren Pluspunkt nannten einige Diskutanten die Diskussionsbereitschaft der Bundeswehr. „Es ist heute tatsächlich leichter, mit Militärs über zivile Konfliktbearbeitung zu sprechen als mit Politikern. Denn die Militärs wollen nicht totgeschossen werden“, meinte eine Teilnehmerin.

Zusammenfassend stellte Jörg Calließ fest: „Die Phase der Mobilisierung ist vorbei.“ Jetzt habe man mit den Mühen der Ebene zu tun. Es käme darauf an, das, was die *Plattform* als richtig anerkannt habe, in Politik und Gesellschaft stärker zu verankern. „Dabei müssen wir auch Defizite eingestehen, weil wir nicht immer konkrete umsetzbare Konzepte haben.“



Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand Podiumsdiskussion am Samstagvormittag, 5. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

Wie friedensfähig ist die Bundesrepublik? Unter dieser Fragestellung fand am zweiten Tag der Tagung gleich morgens um 9.00 Uhr eine Podiumsdiskussion mit Dr. Karl-Ludwig Sommer von der Gustav-Heinemann-Initiative, Dr. Ute Finckh-Krämer vom Bund für Soziale Verteidigung und Peter Runge vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) statt. Moderator der Diskussion war Jörgen Klußmann, der Studienleiter der Bonner Akademie.

Karl-Ludwig Sommer leitete die Diskussion mit einem Rückgriff auf die Prämissen des friedenspolitischen Engagements des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann ein. Heinemann hatte sich scharf von Vorurteilen und wechselseitigen Feindbildern abgegrenzt, die den Kalten Krieg weithin bestimmten, und für den politischen Dialog, gerade auch mit dem „Feind“, plädiert. Zudem hatte Heinemann die militärische Rüstung nicht als Wert an sich eingeschätzt. Die Bundeswehr müsse deshalb „grundsätzlich bereit sein, sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen“. In diesem Geist wirke die Gustav-Heinemann-Initiative weiterhin, erklärte Sommer und kritisierte die zunehmende Militarisierung der deutschen Außen- und Innenpolitik. „Diese widerspricht dem Grundgesetz“, sagte Sommer und forderte, dass „ziviler Krisenprävention vor dem Ausbruch gewaltsamer Auseinandersetzungen und der zivilen Konfliktbearbeitung politisch und materiell absoluter Vorrang vor etwaigen militärischen Maßnahmen einzuräumen“ seien.

In einem Einleitungsstatement skizzierte Ute Finckh-Krämer ihre Definition von „Friedensfähigkeit“: „Friedensfähigkeit hat zwei Aspekte: einerseits die Fähigkeit, Frieden zu halten, und andererseits die Fähigkeit, Frieden zu stiften.“ Dazu gehöre sowohl über die notwendigen Kenntnisse zu verfügen als auch die Möglichkeit (bzw. die Macht) zu besitzen, diese Kenntnisse

auch tatsächlich anwenden zu können.

Bezogen auf die „Friedensfähigkeit“ der Bundesrepublik stellte Finckh-Krämer einen großen Widerspruch zwischen Worten und Taten fest. Denn seit 15 Jahren ist die Bundeswehr in Auslandseinsätzen aktiv. Selbst führende Militärvertreter wie Generalinspekteur Schneiderhan verwiesen inzwischen darauf, dass das Militär Konflikte nicht lösen und keinen Frieden schaffen könne, diese Aufgabe also mit zivilen Mitteln erfüllt werden müsse. Doch trotz zahlreicher positiver Entwicklungen – unter anderem des Aktionsplans Zivile Krisenprävention und der Etablierung des Zivilen Friedensdienstes – habe sich der Vorrang ziviler Maßnahmen in Deutschland in der Praxis nicht durchgesetzt. „Über das Pilotierungsstadium ist die zivile Konfliktbearbeitung bei uns noch nicht hinausgekommen“, bilanzierte sie. Deshalb wolle der Bund für Soziale Verteidigung auch eine Kampagne „Vorrang für Zivil“ starten, um den Vorrang für Prävention statt Intervention und für ziviles statt militärisches Handeln in der politischen Praxis einzufordern.

Auch Peter Runge konstatierte eine Ambivalenz der „Friedensfähigkeit“ der Bundesrepublik. „Es hat sich vieles getan, von dem wir 1998 nicht zu träumen gewagt hätten, wie der Zivile Friedensdienst und der Aktionsplan. Aber das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Aktionsplan ist nichts als ein Papiertiger.“ Aus der Sicht der Nichtregierungsorganisationen kritisierte er die Dominanz des Militärischen. Die zivile Konfliktbearbeitung komme permanent zu kurz. Beispiel Afghanistan: 2007 standen für den Bundeswehreininsatz 530 Millionen Euro, für zivile Maßnahmen jedoch nur 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Sorge bereitet den Nichtregierungsorganisationen auch die Handhabung der zivil-militärischen Beziehungen. „Wir wehren uns dagegen als ‚force multipliers‘ im



Windschatten militärischer Interventionen eingesetzt zu werden“, sagte Runge. Denn die Akzeptanz in der Bevölkerung in Krisengebieten könne nur aufrechterhalten werden, wenn der Unterschied zwischen militärischen und zivilen Akteuren erkennbar bleibe. Doch diese Aufgaben würden zum Beispiel in Afghanistan immer mehr verwischt. „Deswegen ist das Konzept der ‚regionalen Wiederaufbauteams‘ in Afghanistan, das vom Außen-, Innen-, Verteidigungs- und Entwicklungsministerium gemeinsam getragen wird, bei den deutschen Hilfsorganisationen auch auf wenig Gegenliebe gestoßen“, berichtete Runge.

VENRO und seine in Afghanistan tätigen Mitgliedsorganisationen plädieren für einen nachhaltigen Strategiewechsel beim Wiederaufbau in Afghanistan, erläuterte er: „Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung können nur gelingen, wenn die militärische Gewaltspirale beendet, das Primat der militärischen Konfliktlösung durch einen verstärkten zivilen Wiederaufbau abgelöst und das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zurückgewonnen wird.“ Die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Bukarest wiesen leider in die entgegengesetzte Richtung, kritisierte er.

Die anschließende Diskussion begann mit der Frage, wie Machtverhältnisse verändert werden können. Ute Finckh-Krämer nannte zwei grundsätzliche Ansatzpunkte: öffentlichen Druck durch Kampagnen und gezielte Lobbyarbeit. Dabei solle die geplante Kampagne „Vorrang für Zivil“ beides verbinden: „Es gibt heute eine große Ernüchterung über Militäreinsätze – und zwar sowohl in der Politik und der Fachöffentlichkeit wie auch in der deutschen Bevölkerung insgesamt“, erläuterte sie. Karl-Dieter Sommer nannte als längerfristiges Ziel, das es anzustreben gelte: „Es muss mehr Geld für zivile Konfliktbearbeitung als für das Militär ausgegeben werden.“

Peter Runge wies darauf hin, dass auch die Bundesregierung kein homogener Block sei. Nach seiner Erfahrung hätte das Entwicklungsministerium ein offenes Ohr für die Anliegen der Entwicklungsorganisa-

tionen, vom Außenministerium hingegen werde man kaum konsultiert. Auch habe sich VENRO seit Jahren um ein Gespräch mit der Führung der Bundeswehr bemüht, doch bisher vergeblich. Darüber, welchen Stellenwert die Bundesregierung insgesamt der Beteiligung der Zivilgesellschaft an ziviler Konfliktbearbeitung beimisst, könnte auch der in Kürze erscheinende Umsetzungsbericht der Bundesregierung über den Aktionsplan Zivile Konfliktprävention Auskunft geben. Runge: „Wir haben vom Beirat zum Aktionsplan die bescheidene Bitte formuliert, die Bundesregierung möge in den Umsetzungsbericht eine kurze Stellungnahme des Beirates abdrucken. Darin wird auch nichts Radikales ausgesagt, sondern nur dargelegt: Der Aktionsplan ist prima, aber es hapert mit der Umsetzung. Bisher ist unklar, ob unserer Bitte entsprochen wird.“

Weiten Raum nahm in der Plenumsdiskussion auch die Frage der zivil-militärischen Beziehungen ein. Dass man keine Berührungspunkte gegenüber dem Militär zu haben brauchte, war unstrittig. „Chancenorientierung statt Abgrenzungsorientierung“, forderte in der Diskussion auch der grüne Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei. Doch die Meinungen darüber, wie und mit welchen Zielen der Dialog bzw. eine Zusammenarbeit mit dem Militär betrieben werden sollte, gingen auseinander. Peter Runge zum Beispiel erklärte, die Zusammenarbeit mit dem Militär bei Naturkatastrophen sei sinnvoll. Hingegen stellten andere Diskutanten die Forderung, die zivilen Kapazitäten, zum Beispiel des Technischen Hilfswerkes, auszuweiten. „Um ein Hochwasser zu bekämpfen, muss man nicht schießen können“, bemerkte eine Teilnehmerin aus dem Plenum.

Angemahnt wurde aus dem Plenum auch, eine Exit-Strategie für das Militär aus Afghanistan zu erarbeiten. Dieses Thema wurde allerdings nicht vertieft. Einigkeit bestand darin, den Dialog mit dem Militär nicht überzubewerten, wenn man Veränderungen erreichen will. „Denn das Militär unterliegt der Politik“, erinnerte eine Plenumsteilnehmerin.



Wie funktionieren Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure?

Vortrag von Dr. Thania Paffenholz am Samstagnachmittag, 5. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

In dem Vortrag schlug Thania Paffenholz die Brücke zwischen Theorie und Praxis. Sie stellte erste Ergebnisse eines Forschungsprojektes über die Arbeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen vor und „evaluierte“ gleichzeitig die Aktivitäten der Plattform. Gegenwärtig arbeitet sie am Institut de Hautes Études Internationales et du Développement der Universität Genf. Vor zehn Jahren war auch sie aktiv an der Gründung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland beteiligt.

In ihrem Eingangsstatement stellte Thania Paffenholz erste vorläufige Forschungsergebnisse einer internationalen Studie über zivilgesellschaftliche Netzwerke vor, an der sie zusammen mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern arbeitet. Untersucht wurden Länder, in denen gewaltsame Konflikte andauerten oder die sich in einer Post-Konfliktsituation befinden. Die Analyse habe ergeben:

„Die Zivilgesellschaft konnte in vielen Ländern Beiträge zur Konfliktbearbeitung leisten. Aber diese Beiträge waren nur sehr bescheiden, wenn man sie mit den Resultaten der Aktivitäten anderer Akteure vergleicht. Und sie waren nur in bestimmten Konfliktphasen besonders wirkungsvoll.“ Als ein Beispiel führte sie die „Yes“-Kampagne für den Friedensvertrag in Nordirland an, die für die Annahme des „Good-Friday-Agreements“ entscheidend gewesen wäre. Damals hätten die Friedensbemühungen auf der Kippe gestanden.

Erfolgreich war nach der Studie das Engagement der Zivilgesellschaft auch auf lokaler Ebene beim Schutz von Personen gegen Übergriffe von Regierungen und Behörden, zum Teil allein, zum Teil mit Unterstützung internationaler NGOs. In Nepal habe die Zusammenarbeit der Netzwerke vor Ort mit Amnesty International sehr gute Ergebnisse gezeitigt, berichtete sie.

Insgesamt betrachtet sei die Bilanz allerdings ernüchternd, resümierte Thania Paffenholz: „In allen Ländern haben wir festgestellt, dass die Zivilgesellschaft nicht der entscheidende Akteur war, der die Beendigung des Konfliktes bewirkt hat. Die entscheidende Rolle spielten die politischen Akteure aus dem Lande selbst. Die Zivilgesellschaft stand in direkter Abhängigkeit von den oberen politischen Ebenen.“ Wenn externe Akteure (nicht-militärisch) interveniert hätten, wären es starke Nachbarstaaten gewesen, wie zum Beispiel Indien im Falle von Nepal.

Eine weitere Schlussfolgerung der Studie ist nach den Darlegungen der Wissenschaftlerin, dass die staatlichen Institutionen entscheidend sind. Das staatliche Erziehungssystem zum Beispiel bestimme die Sozialisation. Dagegen könnten auch mehr Workshops von NGOs kaum etwas ausrichten.

Ebenfalls mahnte Paffenholz mehr Selbstreflexion bei den NGOs über die Wirkungsweise ziviler Konfliktbearbeitung an. Sie erinnerte an Mary Kaldor, die vor der „Zähmung der sozialen Bewegung“ gewarnt hatte. Die Friedensarbeit sei heute in den entwickelten Ländern zwar hochprofessionalisiert. Allein im Rahmen der EU gebe es 50 verschiedenen Programme, bei denen NGOs Gelder für Friedensarbeit beantragen könnten. Die Folgen seien jedoch zum Teil negativ: „Wenn Gelder bewilligt sind, dann macht man das Projekt, ganz egal ob das noch sinnvoll ist oder nicht. Die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Bundesrechnungshof ist größer als gegenüber den Initiativen vor Ort.“ Diese „Angebotsorientierung“ würde auch dazu führen, dass zum Teil deplatzierte Maßnahmen ergriffen würden: „In einem Land hat man Kurse über ‚peace journalism‘ durchgeführt, als die Journalisten schon massiv bedroht waren. Stattdessen hätte man die Bedrohten lieber ausfliegen müssen“, erläuterte Paffenholz.



Der *Plattform* bescheinigte sie eine sehr positive Bilanz. Die *Plattform* wäre relevant gewesen, weil sie die verschiedenen Initiativen besser sichtbar gemacht hätte und weil die Zusammenarbeit befruchtend auf die Arbeit der Initiativen gewirkt hätte.

Neben der Relevanz legte Paffenholz auch das Kriterium der Effektivität an die Arbeit der *Plattform* an. „Insgesamt ist die *Plattform* eine Erfolgsgeschichte. Es gibt kein anderes Land, in dem eine solche Institutionalisierung der zivilen Konfliktbearbeitung erreicht wurde wie in Deutschland. Nirgends gibt es so viele staatliche Dokumente mit verpflichtenden ‚Muss‘-Bestimmungen, auch wenn das erst einmal nur Theorie ist.“ Vor diesem Hintergrund sei die *Plattform* aufgerufen, sich mögliche Alternativen für die künftige Arbeit genau zu überlegen, meinte Paffenholz. Ein Möglichkeit sei, eine „Exit-Strategie“ einzuschlagen, indem man sage: „Es ist gut, was wir erreicht haben. Jetzt können wir uns als *Plattform* auflösen und jeder macht für sich seine Arbeit weiter.“

Als Alternative skizzierte sie, die *Plattform* zu einer politisch gefürchteten Größe zu machen, wie es die Gemeinschaft der Hilfswerke in der Schweiz schon sei. „Ich habe den Eindruck, die *Plattform* ist zu nett und nicht unangenehm genug“, erklärte sie. In der Schweiz hätten die Hilfswerke gemeinsam einen Verein für die politische Lobbyarbeit gebildet, nachdem diese vor lauter Projektarbeit immer zu kurz gekommen war. „In dem Verein arbeiten jetzt 25 Menschen. Die haben einen Jahresplan für Kampagnen, vor denen der Schweizer Bundesrat richtig Angst hat.“ Wählte die *Plattform* dieses „Einstiegsszenario“, könnte sie sich zum Beispiel auf Lobbyarbeit und Information konzentrieren, da Weiterbildung und Training von den einzelnen Organisationen ohnehin geleistet werde.

In der Diskussion wurde die Aussagekräftigkeit der Studie, an der Tania Paffenholz arbeitet, in Bezug auf die Rolle der Zivilgesellschaft hinterfragt. Da die Studie nur gewaltsame Konflikte und Situationen nach gewaltsamen Konflikten behandle, könne man daraus keine Aussagen darüber tref-

fen, welche Rolle NGOs bei der Verhinderung von gewaltsamen Konflikten gespielt haben könnten. Der Fokus von NGOs könne dann sein, langfristige Verhaltensänderungen in Gang zu setzen, meinte ein Teilnehmer.

Tanja Paffenholz entgegnete, dass ihre Untersuchungen keine Beweise dafür erbracht hätten, dass „Kleinarbeit viel bringt“. Auf jeden Fall aber sei es sinnvoll, seine Aktivitäten entsprechend den Umständen so auszuwählen, dass sie effektiv sind. „Man muss sich überlegen, auf welcher Ebene man Lobbyarbeit macht und auf welcher Ebene man vor Ort Projekte durchführt“, sagte sie. In Sri Lanka, wo 90 Prozent der Bevölkerung der „Kriegsfraktion“ angehörten, wäre es wichtiger, auf die Politik der starken Nachbarstaaten einzuwirken, als die „Peacefraktion“ durch mehr Basisprojekte auf 15 Prozent zu vergrößern.

Ähnliches gelte auch für den Nahen Osten, ergänzte sie. Denn dort sei die US-Politik die entscheidende Komponente für eine Lösung. Am Beispiel des Nahen Ostens machte auch ein anderer Teilnehmer in der Diskussion das Dilemma der Arbeit vieler NGOs deutlich: „Wir machen da viel. Aber die Politik arbeitet in die entgegengesetzte Richtung“, konstatierte er und fuhr fort: „Das Problem der *Plattform* ist, dass sie nicht mehr politisch genug ist, keine Forderungen an die Regierung stellt, sondern sich auf Beratung konzentriert.“

Die Frage nach der Zukunftsperspektive der *Plattform* nahmen auch andere Diskutanten auf. In einem Beitrag wurde die Idee, die *Plattform* aufzulösen, begrüßt, zumal die Institutionalisierung und Professionalisierung der Arbeit der *Plattform* und ihres Initiativkreises zu einer Deaktivierung der Basis geführt habe. Demgegenüber forderte eine andere Teilnehmerin mehr „strategisches Denken“ und stellte die Frage: „Geht es um die Struktur oder haben wir kein gemeinsames Ziel mehr?“

Tanja Paffenholz forderte zum Abschluss der Diskussion auf, die von ihr skizzierten Szenarios - „Einstiegs- und Ausstiegsszenario“ – genau zu durchdenken. „Dabei sollte man sich auch von Profis beraten



lassen“, riet sie und bot an, in einem Workshop die Studie über zivile Netzwerke und ihre Wirkungen ausführlich vorzustellen

und zu diskutieren, wenn sie veröffentlicht ist.



Impulse für Friedensfähigkeit und Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit

Anregungen aus den Arbeitsgruppen am Sonntagvormittag, 6. April 2008

Bericht: Jerry Sommer

Die Diskussion über die Aktivitäten des nächsten Jahres stand im Mittelpunkt des letzten Tages der Tagung „Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand“. Nach den Berichten aus den Arbeitsgruppen resümierte das Plenum Arbeitsvorhaben für das kommende Jahr. Während an den vorangegangenen Tagen die Diskussion immer wieder und zum Teil kontrovers um das Selbstverständnis der Plattform gekreist war, spielte dies am Sonntag kaum eine Rolle. Das war möglich, weil man über konkrete Projekte sprach, die einzelne Teilhabende anzugehen planten.

Zu Beginn stellten die Protokollanten der Arbeitsgruppen (AG bzw. AGs) die Inhalte und Ergebnisse der AG-Sitzungen dar, die am Samstag stattgefunden hatten. Anschließend wurden diese Berichte ergänzt und diskutiert. In einem zweiten Schritt wurden in der zweiten Hälfte des Vormittags im Plenum die Arbeitsvorhaben abgefragt und (weitere) Teilhabende für deren Umsetzung gesucht. Dieser Teil des Vormittags war gleichzeitig der 2. Teil des Plenums der Plattform, nachdem der 1. Teil am Freitag, dem 4.4.2008 nachmittags stattgefunden hatte. Das Protokoll des Plenums der Plattform mit den Ergebnissen der Teile 1 und 2 geht den Teilhabenden zu und ist für die Plattform verbindlich. Wegen der inhaltlichen Zuordnung werden im Folgenden jeweils nach den AG-Berichten die im Plenum vorgestellten Arbeitsvorhaben und die entsprechenden Kontaktpersonen aufgelistet.

Arbeitsgruppe 1: „Die Plattform als Brücke zwischen Praxis und Forschung?“

Die AG habe sich mit der Frage beschäftigt, wie die Plattform besser zur Integration von Wissenschaft und Praxis beitragen könnte, berichtete Matthias Seifert. Bemängelt wurde in der AG, dass das Wis-

sen vor Ort oft ungenügend genutzt würde und dass die Mitarbeiter vor Ort nicht ausreichend auf neue Programme und Initiativen einwirken könnten. Es wurde vorgeschlagen, die Plattform noch mehr als „Kontaktbörse“ auszubauen. Neben der Lobbyarbeit sei es wichtig, Erfahrungen und „best practices“ zu sammeln sowie innerhalb der Plattform die „Theoretiker“ und die „Praktiker“ gegenseitig für die Interessen und Bedürfnisse der jeweils anderen zu sensibilisieren.

Konkret wurde vorgeschlagen, die Homepage der Plattform so zu erweitern, dass dort in neuen Foren sowohl inhaltliche Dialoge als auch Anfragen und Projektinformationen („Wir brauchen einen Referenten um Thema ...“, „Wir brauchen eine Evaluation des Projektes ...“) Platz haben.

Arbeitsvorhaben

Folgende Vorhaben wurden konkretisiert:

- Für den diesjährigen Herbst ist eine Diskussionsveranstaltung mit Dr. Tania Paffenholz über die von ihr miterarbeitete Studie „Wie funktionieren Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure?“ geplant. Federführend für die Vorbereitung ist Tilman Evers; Ansprechperson im Initiativkreis der Plattform ist Ulrich Frey.
- An dem Ausbau der Homepage durch die Entwicklung einer „Kontaktbörse“ für Anfragen und Projekte wollen Barbara Müller, Steffen Emrich, Jörg Lehmann und Beatrix Schmelzle mitarbeiten. Christoph Weller soll von Ulrich Frey gefragt werden, ob er die Federführung übernimmt.
- Informiert wurde auch darüber, dass Beatrix Schmelzle federführend an einer „Gender-Handreichung“ arbeitet, die 2009 fertiggestellt werden soll.



Arbeitsgruppe 2: „Zivile Konfliktbearbeitung im Inland – Projekte im Dialog“

In der Arbeitsgruppe waren drei Projekte vorgestellt worden: „Beratungsteams Rechtsradikalismus Sachsen-Anhalt“, „Osttimor“ und „Ziviler Friedensdienst in Oranienburg“. In seinem zusammenfassenden Bericht stellte Christof Starke fest, dass sich der Austausch von so unterschiedlichen Projekten gelohnt habe. In der AG sei angeregt worden, diesen Kompetenzaustausch zum Beispiel in Form von Studententagen zu intensivieren. Eine weitere Idee sei, eine Bestandsaufnahme von Projekten ziviler Konfliktbearbeitung im Inland zu erstellen. Bei manchen Projekten wie den Beratungsteams gebe es schon gesicherte Erkenntnisse, da wäre eine Verstetigung mit 10-Jahres-Plänen notwendig, erklärte Christof Starke. Demgegenüber befinde man sich mit dem Projekt „Ziviler Friedensdienst im Inland“ noch in der Pilotphase.

In Bezug auf die Lobbyarbeit zu diesem Bereich hatte die Arbeitsgruppe sich für eine Fokussierung auf Konfliktbearbeitung im kommunalen Raum ausgesprochen. Außerdem wurde erwähnt, dass die auch außerhalb der derzeitigen Tagung existierende Arbeitsgruppe „Zivile Konfliktbearbeitung im Inland“ (AG ZKB Inland) an einem Grundsatzpapier arbeitet und die Zusammenarbeit mit friedenspädagogischen und sozialpädagogischen Initiativen verstärken will.

Arbeitsvorhaben

Folgende Vorhaben der AG ZKB Inland wurden vorgestellt:

- Am 29. Mai 2008 trifft sich die AG in Hannover und beschäftigt sich unter anderem mit den Themen „Bestandsaufnahme“ und „Grundsatzpapier“.
- Die friedenspädagogische Tagung am 18./19. November 2008 in München soll vorbereitet und besucht werden. Die Federführung liegt bei Bernd Rieche; Ansprechpartner im Initiativkreis ist Christof Starke.

Arbeitsgruppe 3: „Lobby für den Frieden“

Diese AG sei lehrreich gewesen in Bezug auf die Vielschichtigkeit der *Plattform*, berichtete Tilman Evers eingangs. „Man hat gesehen, was man mit der *Plattform* machen kann und was nicht“, meinte er. Hintergrund sind nach seiner Auffassung unterschiedliche Milieus, die in der *Plattform* vertreten sind und deshalb zum Teil unterschiedliche Ansätze verfolgten. Manche seien der Meinung gewesen, nur hochprofessionelle Zuarbeit an die Regierung bringe weiter, andere wären der Meinung gewesen, man müsse das Anliegen „zivile Konfliktbearbeitung“ auch allgemein voranbringen.

Die drei Beiträge, die in der AG gehalten worden waren, wurden kurz zusammengefasst. Peter Croll, der Direktor des BICC, hatte ein Positionspapier vorgestellt, in dem die Notwendigkeit einer neuen integrativen Sicherheitsstrategie mit zivilem Primat von der Bundesregierung gefordert wird. Für die Umsetzung sollte ein „Sonderstab für Prävention und Sicherheit“ auf Ministerebene eingerichtet und ein „präventions- und sicherheitspolitischer Sonderbeauftragter“ bestimmt werden.

Björn Kunter hatte die Kampagne „Vorrang für Zivil“ des Bundes für Soziale Verteidigung erläutert. Ausgehend von dem Fazit, dass in der Regierungspraxis zivile Konfliktbearbeitung nur Rhetorik sei und es gleichzeitig eine große Ernüchterung über die bestehenden Militäreinsätze gebe, soll die Kampagne durch Gespräche und Mobilisierungsaktivitäten Druck im Hinblick auf eine andere Politik machen. Allerdings sei die Unterstützung für die Kampagne noch gering, berichtete Tilman Evers.

Schließlich stellte Heide Schütz vom Frauennetzwerk für Frieden den Internationalen UN-Friedenstag am 21. September vor. Sie plädierte dafür, den Tag für Lobbyarbeit für den Frieden zu nutzen.

Während die AG den UN-Friedenstag befürwortend zur Kenntnis genommen hatte, waren die anderen Vorhaben nicht im Einzelnen diskutiert worden, weil sie in der



Plattform laut Tilman Evers „nicht konsensfähig“ seien.

Als spezielle Lobby-Aktivität der *Plattform* war in der Diskussion der AG zusätzlich das Vorhaben eines Gesprächs mit Abgeordneten in Berlin im Herbst 2008 diskutiert worden. Es sei auf großen Konsens gestoßen, weil man damit auch den dann beginnenden Bundestagswahlkampf nutzen könne, um das Thema zivile Konfliktbearbeitung stärker zu gewichten. Aus der AG hätten sich auch schon drei Teilnehmer gefunden, die ein Grundlagenpapier für das Lobby-Gespräch erarbeiten wollten, berichtete Evers.

Arbeitsvorhaben

Folgende Vorhaben wurden erläutert:

- In Bezug auf den UN-Friedenstag am 21. September wurden alle Teilhabenden aufgefordert, die Idee zu verbreiten und vor Ort aktiv mitzumachen. Der Initiativkreis plant, eine Handreichung zu erstellen, in der Hilfen unter anderem zur Organisation und zum Fundraising gegeben werden sollen. Die Federführung für diese Handreichung liegt bei Martin Petry.
- An der Erarbeitung eines Grundsatzpapiers in Vorbereitung einer möglichst eintägigen Veranstaltung mit Bundestagsabgeordneten im Herbst in Berlin beteiligen sich Ute Finckh-Krämer, Julia Fehl und Ulrich Frey. Die Federführung für diese Handreichung liege vorschlagsweise bei Martin Petry.

Arbeitsgruppe 4: „Sicherheit und Frieden mit der Europäischen Union?“

In der AG hatten Marc Baxman (FriEnt) über neueste Entwicklungen in der EU und Albrecht Schnabel (swisspeace) über „human security“ referiert. In der Diskussion sei herausgearbeitet worden, dass das Leitbild „Zivilmacht Europa“ verloren gehe, trug die Berichterstatteerin Ute Hegener vor. Dies sei die große Herausforderung für die in der zivilen Konfliktbearbeitung tätigen Gruppen. Ziel müsse es sein, dass die EU

Interventionsmethoden unterhalb der militärischen Ebene ausbaue. Bei der Lobbyarbeit müsse man das Ziel und die Ansprechpartner genau überlegen.

Für das Binnenverhältnis habe die Arbeitsgruppe folgende Impulse in die Diskussion gebracht, sagte Ute Hegener:

- Weiterarbeit mit dem Schweizer FAST-System zur Frühanalyse von Spannungen und Tatsachenermittlung;
- besserer Service und bessere Beratung untereinander, bezogen auf die Arbeit auf der EU-Ebene; eventuell Erarbeitung einer Handreichung zu dem Thema.
- Außerdem wurde es für sinnvoll gehalten, einen „code of conduct“ für „peace building“ zu entwickeln.

Arbeitsvorhaben

Folgende Vorhaben wurden erörtert:

- Eine Reise nach Brüssel soll organisiert werden. Die Federführung hat Jörgen Klußmann.
- Es wurde auf einen geplanten Workshop des Zivilen Friedensdienstes hingewiesen, auf dem insbesondere die Antragstellung an EU-Institutionen behandeln werden soll. Die Informationen zu dem Workshop sollen im *Plattform*-Verteiler bekannt gegeben werden.
- Ob die Erarbeitung einer allgemeinen Handreichung zum Thema EU sinnvoll ist, wird Ute Hegener prüfen. Sie ist auch Ansprechpartnerin für andere EU-Thematiken wie den angedachten „code of conduct for peace building“.

Weitere Arbeitsvorhaben

Im Plenum wurden noch weitere Vorhaben angesprochen, an denen einzelne Teilhabende schon arbeiten und die nicht direkt den Thematiken der Tagungs-Arbeitsgruppen zugeordnet werden konnten:

- „Gender in conflict“ – zu diesem Thema ist ein Seminar für nächstes Jahr (2009) geplant. Die Federführung hat Heide Schütz; Ansprechpartnerin im I-



- initiativkreis ist Ute Hegener.
- Die bestehende „Offene Kooperation Qualifizierung“ überlegt, zum zehnten Jahrestag des Zivilen Friedensdienstes einen Workshop durchzuführen. Ansprechpartnerin ist Priska Palacios.
- Die Journalistin Annedore Smith erklärte sich bereit, einen Workshop zu Pressearbeit zu leiten.



Protokoll der Arbeitsgruppe 1: „Die *Plattform* als Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft?“

Protokoll: Madeleine Hagemeister

Referenten und Referentinnen: Dr. Lutz Schrader (Institut Frieden und Demokratie, Fernuniversität Hagen), Prof. Dr. Angela Mickley (Social Studies Departement, Fachhochschule Potsdam)

Moderation: Uwe Trittman

Aus dem Vortrag von Angela Mickley über das von ihr initiierte Projekt zur zivilen Konfliktbearbeitung in Namibia und aus dem Input von Lutz Schrader zum Thema „Austausch zwischen Friedensforschung und Friedenspraxis“ lassen sich vier wesentliche Diskussionspunkte herauskristallisieren: erstens die Finanzierung von Projekten, zweitens die Dokumentation von Projekten, drittens die Lobbyarbeit für Projekte sowie viertens die Kommunikation und der Transfer zwischen den Bereichen Praxis und Wissenschaft. Aus den Erörterungen zu diesen Aspekten hat die AG verschiedene Anknüpfungspunkte und Handlungsempfehlungen für die *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* abgeleitet, die nach einer kurzen Skizzierung der vorangegangenen Debatte aufgeführt werden.

1. Für die Finanzierung von (Praxis-)Projekten stehen in Deutschland im Vergleich zu europäischen Nachbarländern relativ wenige Fördertöpfe zur Verfügung, zu denen u.a. die Fördermittel des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, das zivik-Programm des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa) und die Fördermöglichkeit durch die Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) zählen. Je nach Institution und Programm ist das potentielle Fördervolumen oft nicht ausreichend für die Projektdurchführung oder die Projektskizze ist nicht mit den Förderkriterien in Einklang zu bringen.

Die AG betonte, dass das „Finanzierungsproblem“ keinen Rückschluss auf die Qualität des (nicht bewilligten) Projektes erlaubt. Für den Ansatz des Namibia-Projektes liegt laut Angela Mickley auf internationaler Ebene von den Vereinten Nationen eine Anfrage vor, die zunehmend nach Modellen im oder für den Bereich der zivi-

len Konfliktbearbeitung suchen.

2. Wichtiger Bestandteil eines Projektes ist dessen Dokumentation. Eine fundierte, sorgfältige Reflexion stellt sicher, dass die Inhalte und Methoden, aber auch offene Fragen sowie Anknüpfungspunkte festgehalten und weitergegeben werden können. Für diese wertvolle – allerdings auch arbeitsintensive – Ergebnissicherung fehlen der Projektleitung jedoch meist die personellen, zeitlichen und finanziellen Mittel. Zusätzliche finanzielle Mittel könnten gewährleisten, dass die Dokumentation delegiert wird und beispielsweise im Anschluss an Gesprächsrunden erfolgt, bei denen durch den mündlichen Bericht der Projektteilnehmer die Ergebnisse von Externen schriftlich fixiert werden.

3. Der erfolgreiche Verlauf eines Projektes lässt sich nicht zuletzt durch gezielte Lobbyarbeit begünstigen und unterstützen. Die *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* stellt ein Forum für die Begegnung und den Dialog zwischen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern auf der einen und Akteuren aus der Praxis auf der anderen Seite dar, das allen Teilhabenden einen Rahmen für Konzept- und Lobbyarbeit bietet.

Besonders die Jahrestagung wird als solche Einrichtung verstanden. Es wurde eruiert, ob die *Plattform* zusätzliche Angebote schaffen soll und kann, die eine Vernetzung vereinfachen bzw. fördern (siehe Abschnitt konkrete Vorschläge). Zudem kam die Frage auf, welche Gründe es geben könnte, dass die großen kirchlichen Akteure, die einen wesentlichen Beitrag im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung leisten, in der Vergangenheit nicht mehr regelmäßig auf den Jahrestagungen ver-



treten waren und ob es Möglichkeiten gibt, sie durch spezielle Angebote oder eine Neuausrichtung der Jahrestagung wieder stärker zu integrieren und ihnen Anknüpfungspunkte zu bieten.

4. In den Diskussionspunkt „Kommunikation und Transfer zwischen den Bereichen Praxis und Wissenschaft“ flossen verschiedene Aspekte mit ein: Selbstverständnis/-wahrnehmung der Bereiche Praxis und Wissenschaft, Sprachgebrauch und Schnittstellen zwischen den beiden Sektionen. In der Diskussion wurde der Wissenschaft von einigen gar ein verklärtes und arrogantes Selbstverständnis unterstellt oder zugesprochen. Wissenschaft vermittele oft den Eindruck, sich mit „diffizilen, komplexeren“ Sachverhalten auseinanderzusetzen, als es der Akteur in der Praxis und Anwendung müsse. Auch wurde vereinzelt Besorgnis geäußert, dass die Forschungsgemeinde die Rückkoppelung an die Praxis verliere. Dies manifestiere sich oft durch den Sprachgebrauch, da Erkenntnisse verklausuliert wiedergeben würden. Die wissenschaftliche (Fach-)Sprache sei für die Praxis nicht zugänglich und relevante Forschungsergebnisse, die ausschließlich in Form von umfangreichen wissenschaftlichen Studien vorlägen, wären für das Praxisfeld und die Politik „unbrauchbar“ oder „unverwendbar“. Aus Sicht der Praxisvertreter gibt es einen besonderen Bedarf an (Handlungs-)Anleitungen für das Feld bzw. an praktischen Guides, die anschaulich, kurz und prägnant Fakten vermittelten. Von wissenschaftlicher Seite wurde daraufhin die Herausforderung und Schwierigkeit dargelegt, die das „Herunterbrechen“ und Vereinfachen von komplexen Sachverhalten bereite, und es wurde auf die Grenzen hingedeutet, die diesem Vereinfachungsprozess gesetzt sind. Ein Redebeitrag verwies darauf, dass Wissenschaftler um ihren Ruf fürchteten, wenn sie sich von den hohen wissenschaftlichen Normen entfernten.

Zudem wurde die Frage erörtert, ob Wissenschaftler für „gute Forschung“ selbst die Erfahrung aus der Praxis brauchen oder diese von Vorteil für das Design der Forschungsvorhaben ist (Frustration, Empathie etc.). Hier konnte die AG nur den Widerspruch festhalten, dass einerseits

ein „Chimären“-Dasein, d.h. Wurzeln sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis zu haben, die Problematik aufwirft, weder von der einen noch von der anderen Seite richtig ernst genommen zu werden, da die klare Zuordnung und in Folge (unterstellt) auch die Identifikation mit einem der beiden Bereiche fehlt. Andererseits kommt Akteuren in der Praxis oft nur Glaubwürdigkeit durch eine Form der akademischen Anbindung zu.

Erfolgreiche Beispiele für Schnittstellen zwischen Praxis und Wissenschaft im Bereich der deutschen zivilen Konfliktbearbeitung sah die AG in dem interdisziplinären Weiterbildungsstudiengang „Master of Peace Studies“ am Institut Frieden und Demokratie der Fernuniversität Hagen, der sich nun leider in der Abwicklung befindet, obwohl er jahrelang enormen Zuspruch bei Studierenden fand und ein hohes Maß an Praxisbezug aufweist. Sonst gibt es bislang wenige Nischen, in denen die Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Praxis gelehrt und praktiziert wird, gleichwohl mit den Masterstudiengängen im Bereich Friedens- und Konfliktforschung (Marburg, Hamburg, Tübingen, Magdeburg, Frankfurt) neues Potenzial gegeben ist. Auch die Studientage des Instituts Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) bieten einen geschützten Raum für einen kritischen, aber kollegialen Austausch zwischen den beiden Bereichen.

Aus diesen Kernpunkten wurden im Plenum anschließend folgende Vorschläge und Empfehlungen abgeleitet, mit denen die *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* ihre Brückenfunktion zwischen Praxis und Wissenschaft ausbauen und ergänzen kann:

- Vernetzungsmöglichkeiten ausbauen: Neben der Option der Expertensuche auf der Homepage (basierend auf den Datenblättern der Teilhabenden) könnte zusätzlich eine elektronische Datenbank in Form eines Forums oder einer „Kontaktbörse“ eingerichtet werden, in der sich die Teilhabenden, sortiert nach verschiedenen Kategorien, gezielt über geplante Projekte, Mitwirkungsmöglichkeiten, Terminabsprachen, die Suche nach Referenten für



- bestimmte Veranstaltungen etc. austauschen können.
- Informationsangebote bzw. Austausch von Expertise: Mit einem von der *Plattform* initiierten Wikipedia über zivile Konfliktbearbeitung könnten die Teilhabenden ihre Expertise und ihr Fachwissen zur Verfügung stellen, indem sie einzelne Begriffe einstellen, dazu Definitionen und Erläuterungen verfassen sowie Recherchetipps und Literaturhinweise geben.
 - Handreichungen: Die *Plattform* sollte nach Autoren für weitere Handreichungen suchen (nach Vorlage oder in Anlehnung an die Handreichung über „Transitional Justice“ von Susanne Buckley-Zistel). Eine Handreichung stellt genau die Publikationsform dar, die Interessierten einen profunden Überblick und Zugang zu dem jeweiligen Thema in einem angemessenen Umfang gibt.
 - Lobbyarbeit: Lobbyarbeit sollte der Initiativkreis der *Plattform* (a) für Forschungseinrichtungen im Hinblick auf

- deren finanzielle Ausstattung und Absicherung sowie deren allgemeiner und bildungspolitischer Akzeptanz als auch (b) für die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Praxis betreiben.
- Die Bedürfnisse und das Wissen der Personen aus dem Feld müssen ernst genommen und aufgegriffen werden.
 - Austausch über „best practices“ und „lessons learned“: Die *Plattform*, ihre Jahrestagung, aber auch neu zu ersinnende Formen sollten stärker für den Austausch von „best practices“ und „lessons learned“ genutzt werden.
 - „Kultur der Interaktion zwischen Wissenschaft und Praxis“: Abschließend lädt die AG alle Teilhabenden der *Plattform* dazu ein, eine Kultur der Interaktion weiterzuentwickeln, in der Wissenschaft und Praxis aufeinander zugehen, sich vorbehaltlos über Erfahrungen und Erkenntnisse (gerne auch kritisch) austauschen und voneinander lernen, um einen Mehrwert aus den gemeinsamen Werten zu erzielen.



Protokoll der Arbeitsgruppe 2: „Zivile Konfliktbearbeitung im Inland – Projekte im Dialog“

Protokoll: Mathis Blome, Bernd Rieche

Referentinnen und Referenten: Anne Mehrer und Sebastian Striegel (Miteinander e.V.), Philippe Sufryd (Forum Ziviler Friedensdienst e.V.), Jochen Neumann (KURVE Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion)

Moderation: Klaus J. Burckhardt

In der AG wurden exemplarisch drei Projekte vorgestellt. Unter den Leitfragen:

- Welche Rahmenbedingungen braucht es für erfolgreiche Interventionen?
- Wie ist das Verhältnis von Neutralität und Parteilichkeit bei Interventionen?
- Wie können kurzfristige Kriseninterventionen und/oder langfristige Konfliktbearbeitung Nachhaltigkeit erlangen?

wurden in der Diskussion Erfahrungen aus den Projekten, aber auch der Teilnehmenden ausgetauscht und systematisiert. Ziel der AG war es, Anregungen für die Weiterarbeit der Arbeitsgruppe Zivile Konfliktbearbeitung im Inland (AG ZKB Inland) innerhalb der *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* zu gewinnen.

Vortrag von Anne Mehrer und Sebastian Striegel: „Mobile Interventionsteams in Ostdeutschland, das Beispiel Sachsen-Anhalt Süd: Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus“

Was heißt Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus?

Der Ansatz, durch langfristige Beratung und Begleitung kommunaler Akteure – sei es eine Gruppe von Jugendlichen oder sei es ein Bürgerbündnis – rechtsextremen Normalisierungserscheinungen in Städten und ländlichen Regionen entgegenzuwirken, existiert bereits seit Mitte der 1990er Jahre in einigen ostdeutschen Bundesländern. Damals wie heute sind insbesondere in den ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer demokratische zivilgesellschaftliche

Strukturen nur schwach ausgebildet und eine demokratische Praxis ist unzureichend in der Gesellschaft verankert. Gleichzeitig mangelt es an professionellen Unterstützungsangeboten für jene Menschen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren wollen.

Im Zuge der neuen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus wurden auch in Sachsen-Anhalt Strukturen der kommunalen Beratung geschaffen. Zwei Regionale Beratungsteams (RTBs) existieren in Trägerschaft von Miteinander e.V. seit Herbst 2007 in Halle und Salzwedel. Die RTBs verstehen sich als Unterstützer und Begleiter für Menschen, die in ihrer Stadt bzw. Gemeinde mit rechtsextremen Einstellungen z.B. an Schulen oder in Vereinen und rechtsextremen Aktivitäten wie Demonstrationen oder Gewalttaten konfrontiert sind. Zielgruppe unserer Arbeit sind dabei vor allem jene Personen, die ein Problembewusstsein bezüglich rechtsextremer Ereignisse haben und die sich langfristig gegen Rechts engagieren wollen.

Anlassorientiert suchen die RBTs gemeinsam mit den Ansprechpartnern vor Ort nach Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen. Dies geschieht auf der Grundlage einer zuvor erstellten regionalen Untersuchung (Problem-, Situations- und Ressourcenanalyse). Die Beratungsteams arbeiten vor Ort und versuchen gemeinsam mit den lokalen Gesprächspartnern, Handlungsstrategien zu entwickeln sowie die Bildung von Aktionsnetzwerken und Bürgerbündnissen zu begleiten. Grundlegendes Ziel dieser Arbeit ist es dabei, lokale Akteure zum Handeln zu ermutigen sowie zivilgesellschaftli-



ches Engagement gegen Rechts inhaltlich und strukturell zu unterstützen.

Rahmenbedingungen erfolgreicher Intervention

Unsere Erfahrungen aus den bisherigen Beratungsprozessen haben gezeigt, dass es keine prototypischen Abläufe in der Beratung gibt und dass „Erfolg“ unterschiedliche Dimensionen haben und unterschiedlich betrachtet werden kann. Nichtsdestotrotz sind wir auf bestimmte Rahmenbedingungen angewiesen, um nachhaltige Veränderungsprozesse in den Gemeinden anstoßen zu können. Grundsätzlich ist hierbei die Sensibilisierung der Akteure für das Thema Rechtsextremismus und daraus folgend der Wille zur Veränderung im Gemeinwesen. Immer wieder begegnen wir der Meinung, das Problem müsse vor allem an die staatlichen Instanzen wie Polizei und Verfassungsschutz verwiesen werden. Verbot und Repression gelten vielerorts als Allheilmittel gegen rechte Erscheinungen. Vergessen wird hierbei, dass Rechtsextremismus weniger ein Problem organisierter Strukturen als ein Phänomen in der gesamtgesellschaftlichen Realität ist.

Zudem ist es wichtig – insbesondere nach Ereignissen mit großer Medienöffentlichkeit wie Brandanschlägen und neonazistischen Großveranstaltungen – Vertrauen bei den lokalen Ansprechpartnern zu erlangen. Umgekehrt muss unsere Beratungskompetenz seitens der staatlichen wie nicht-staatlichen Akteure anerkannt werden. Manchmal wirkt jedoch die zugeschriebene Kompetenz auch als Hemmschuh – insbesondere dann, wenn die Akteure die alleinige Lösung des Problems an die Beratenden delegieren. Hier ist es wesentlich, immer wieder unsere Rolle als „Begleiter“ und nicht als „Realisierer“ deutlich zu machen. Als „eingeflogene“ Berater sind wir nicht die Experten für den spezifischen Sozialraum vor Ort, sondern die Betroffenen wissen selbst besser, welche Chance und Grenzen bestimmte Veränderungsprozesse und Initiativen haben können.

Neutralität versus Parteilichkeit

Als Beratende mit dem klaren Bekenntnis „gegen Rechtsextremismus“ im Namen verstehen wir uns per se als parteilicher Akteure. Wir arbeiten mit Personen, die einen menschenrechtsorientierten Grundkonsens teilen, und offenbaren in unserer Arbeitsweise unsere eigene Werteorientierung. Das bedeutet aber auch, dass es im Rahmen unserer Arbeit keinen Dialog mit organisierten Rechtsextremen oder Personen mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild geben kann.

Parteilichkeit verstehen wir darüber hinaus als Bestärkung und Solidarität mit jenen Akteuren, die sich offen gegen Rechtsextremismus aussprechen und die oftmals keine Lobby in ländlichen Sozialräumen besitzen. Hier versuchen wir insbesondere, alternative Jugendkulturen, Migranten und Opfer rechter Gewalt zu stärken und zu unterstützen.

Neutralität im Beratungsprozess verstehen wir vor allem als Akzeptanz bzw. Respekt für die Geschwindigkeiten und Handlungsoptionen der Akteure vor Ort. Nicht jede Initiative eines Bürgerbündnisses und nicht jedes Projekt einer Schulklasse zeigt schnelle Erfolge und entspricht bestimmten Qualitätsstandards. Dabei ist es oftmals schwierig, den Balanceakt zwischen der Rolle des Begleiters und der Rolle des Initiators als Berater zu finden. Auch die enge Zusammenarbeit mit parteipolitischen Akteuren oder lokalen Meinungsführern kann Zuschreibungen provozieren, die im Verlauf des Beratungsprozesses zu Einbahnstraßen werden können. Es zeigt sich in jedem Beratungsfall aufs Neue, welche Akteure gestärkt bzw. integriert werden müssen: Manchmal ist es eine kleine Gruppe von Punks, manchmal der Landrat bzw. die Pfarrerin.

Kurzfristige Intervention versus Nachhaltigkeit

Demokratiearbeit braucht einen langen Atem. In vielen Regionen Sachsen-Anhalts wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik sind der Verlust an demokratischen Grundwerten und die Normalisierung all-



tagrassistischen Denkens weit fortgeschritten. Vor diesem Hintergrund bieten kurzfristige Interventionen als „pädagogische Feuerwehr“ keine Alternative. Wir importieren keine fertigen Konzepte, sondern versuchen durch Vermittlung von Wissen, Sensibilisierung und Vernetzung die demokratischen „Selbstheilungskräfte“ der Akteure zu stärken. Dieses Bewusstsein, sich dem Problem über einen langen Zeitraum hinweg stellen zu müssen, stößt dabei immer wieder auf Gegenwehr. Denn sind die „sichtbaren“ Spuren rechtsextremer Aktivitäten einmal verschwunden, fehlt oft die Motivation, sich dem weniger offensichtlichen Demokratiedefizit in einer Gemeinde zu stellen.

Diskussion

In der Diskussion zum Projekt „Mobile Interventionsteams in Ostdeutschland“ wurde vertieft, dass den Akteuren mit Respekt begegnet und Akzeptanz geschaffen werden muss. Dies gilt besonders gegenüber Behörden und speziell bei der Polizei, die oft Vorbehalte bei der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren hat. Gegenseitiger Respekt und Kommunikation auf „Augenhöhe“ sind wichtige Faktoren. Die Einstellungen und Werte der zu beratenden Personen sind nicht Gegenstand des Beratungsauftrags; es ist kontraproduktiv, wenn das Team eine Bewertung über die zu beratenden Personen gibt. Man ist auf die Ressourcen vor Ort angewiesen und muss sie gegebenenfalls aktivieren. Dies erfordert ausreichend Zeit; die Menschen vor Ort müssen verstehen, dass die Berater eine begleitende Funktion haben und keine aktive Rolle bei der Umsetzung einnehmen. Den Akteuren vor Ort darf nicht das Gefühl gegeben werden, dass der Berater das Problem lösen wird. Die Akteure sind dafür selbst verantwortlich.

Parteilich ist man neben der Bindung an Menschenrechte und demokratische Werte auch dadurch, dass die Aktiven innerhalb der Gemeinschaft unterstützt werden. Die Berater bringen - wenn überhaupt - erst dann eigene Vorschläge in den Prozess ein, wenn schon ein Handlungskonzept gemeinsam erarbeitet wurde. Dies

geschieht vorsichtig und zurückhaltend. Allparteilichkeit im Beratungsprozess besteht darin, dass man auf die Bedürfnisse der verschiedenen Akteure eingeht. Dadurch wird auch Akzeptanz für das Beratungsteam geschaffen, was Vertrauen herstellt.

Erste Erfolge der Beratungsarbeit sind bereits sichtbar - wie beispielsweise die nachhaltige Aktivierung eines Bürgerbündnisses, das mit einer rechtsextremen Immobilie in seiner Stadt konfrontiert ist. Trotzdem bleibt die Messbarkeit von Erfolgen in der Demokratiearbeit ambivalent. Die hier genannten Rahmenbedingungen sind als Prozess zu verstehen und nicht als Richtlinien, die Schritt für Schritt umgesetzt werden müssen.

Vortrag von Jochen Neumann: „Ziviler Friedensdienst in Timor-Leste“

Auch in diesem Projekt wurde mit einer Analyse der Situation vor Ort begonnen. Dabei musste eine Nähe zu den Betroffenen hergestellt werden, um die Situation kennen zu lernen und als Unterstützer anerkannt zu werden. Die Kontaktaufnahme und spätere Vertiefung musste schrittweise geschehen. Wichtig war dabei der direkte Kontakt, der nur durch ein Zusammenleben im Alltag mit den Betroffenen erfolgen konnte. Um gut arbeiten zu können, ist die persönliche Sicherheit der Fachkräfte vor Ort Voraussetzung; wieder-aufflammende Gewalt machte eine zeitweise Evakuierung der Fachkräfte notwendig. Damit in diesen instabilen Situationen dennoch agiert werden kann, ist eine langfristige und flexible Finanzierung notwendig, die innerhalb der dreijährigen Laufzeit des Projektes durch die Finanzierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes gewährleistet wurde.

Erfolgsfaktor bei diesem Projekt ist es, als neutraler Mittler zwischen den verfeindeten Gruppierungen anerkannt zu sein. Dies wurde dadurch erschwert, dass die Partnerorganisation vom Präsidenten Osttimors, der bei einigen Akteuren umstritten



ist, gegründet wurde. So entsteht schnell der Vorwurf der Parteilichkeit. Es ist daher geboten, sich als unabhängig darzustellen. Die Rolle des Präsidenten als Politiker muss so klein wie möglich gehalten werden und in der Außendarstellung muss sich die Organisation unabhängig zeigen. Das Projekt versucht, den traditionellen Werten gerecht zu werden, will aber gleichzeitig auch Jugendliche und Frauen in die Entscheidungsprozesse einbeziehen, was ein Bruch mit der Tradition ist. Die traditionellen Strukturen sollen gezielt dazu genutzt werden, um eine Ächtung der Gewalt zu erreichen. Dabei wird klar gegen eine strafende Tradition Position gezogen. Es entsteht ein Wechselspiel zwischen dem „neuen“ und dem traditionellen Weg. Durch Einbeziehung beider Wege wird man nicht wahrgenommen als jemand, der auf der einen oder anderen Position beharrt, sondern als neutral.

Oberstes Ziel des Projektes ist es, die ausländische Fachkraft überflüssig zu machen. Erst dann ist das Projekt nachhaltig. Dafür sollen Mediatoren vor Ort ausgebildet werden, die dann Ansprechpartner bei Konflikten sind. Je mehr Schlüsselpersonen als Mediatoren ausgebildet werden, desto mehr Menschen können auch direkt angesprochen werden. Es ist von großer Bedeutung, das Projekt in das politische und gesellschaftliche System flächendeckend zu integrieren. Um den Frieden nachhaltig zu festigen, muss auf neue Konflikte oder Situationen mit neuen Projekten geantwortet werden. Während des Projekts haben sich die gesellschaftliche Situation und Konfliktlage verändert; es standen aber keine neuen Gelder für Projekte, die darauf reagieren konnten, zur Verfügung. Das alte Projekt kann aber weiterhin seinen konstruktiven Beitrag leisten. Ein weiteres Problem ist die Monetarisierung von sozialem Engagement: Viele der ausgebildeten Mediatoren sind nicht weiter bereit oder in der Lage, ihr Engagement ehrenamtlich fortzusetzen.

Vortrag von Philippe Sufryd: „Gewalt vorbeugen - Gemeinschaft schaffen: Das Projekt ‚Ziviler Friedensdienst in Oranienburg‘“

Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr und stelle unser Projekt „ZFD in Oranienburg“ vor! Beginnen möchte ich mit einem Zitat von Hans-Joachim Laesicke, Bürgermeister von Oranienburg, das die dortige Situation beschreibt:

„Wir machen viel, aber ich habe den Eindruck, dass die Integration der Spätaussiedler in unserer Stadt stagniert, ja sogar rückläufig ist. Abkapselung und Rückzug in russische Lebenswelten ist gerade bei vielen Jungen spürbar.“

In Oranienburg, einer Kreisstadt am nördlichen Rand des Ballungsraums Berlin, ist es in den letzten Jahren wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen gekommen. Darin waren nicht nur jugendliche Spätaussiedler involviert. Doch die Schwierigkeiten der aus ganz unterschiedlichen Regionen der ehemaligen Sowjetunion stammenden Jugendlichen, einen Platz in Oranienburg zu finden, waren ein wesentlicher, verstärkender Faktor.

Die städtischen Verantwortlichen haben eine Menge unternommen, um die Situation zu entschärfen. Eine beachtliche Anzahl staatlicher Einrichtungen und kreativer Initiativen kümmert sich um die Spätaussiedler. Ein inzwischen viel besuchtes Bürgerzentrum wurde eingerichtet. Seit 2006 ist eine Beruhigung der Situation eingetreten. Dennoch: Es ist spürbar, dass innerhalb der Oranienburger Jugendszene nach wie vor erhebliche Spannungen latent fortbestehen. Aber es geht nicht nur um Jugendliche: Oranienburg hat seit 1990 etwa 1.200 Spätaussiedler aufgenommen. Diese Menschen wohnen vornehmlich im Stadtteil Mittelstadt, einer Plattenbautensiedlung. Trotz aller Bemühungen stagniert die Integration. Mangelnde Deutschkenntnisse und hohe Arbeitslosigkeit (vermutlich über 70%) verknüpfen sich mit Hoffnungslosigkeit - und

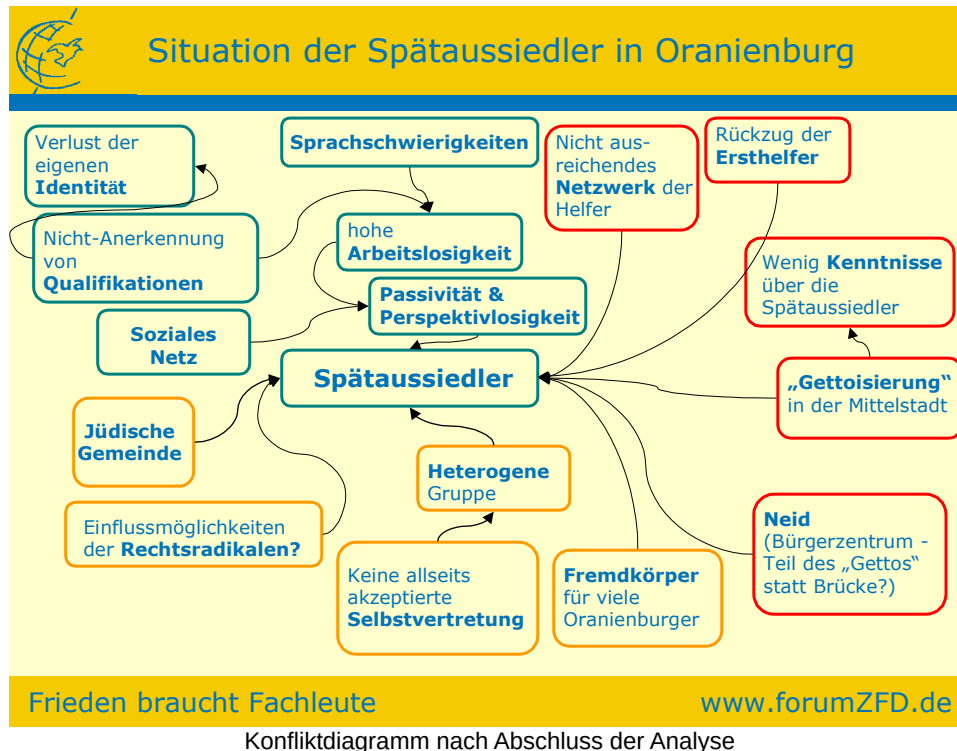


Passivität: „Die meisten Spätaussiedler vertrauen den Behörden und erwarten von dort eine Lösung“, berichtet uns ein Integrationsakteur. Von Seiten der alteingesessenen Oranienburger bestehen nur vereinzelte Kontakte zu Spätaussiedlern. Die Situation ist geprägt von Sprachlosigkeit und Vorurteilen. Vom neuen Bürgerzentrum wird oft als dem „Russenhaus“ gesprochen. Eine aktive Spätaussiedlerin fasst die Situation zusammen: „Bei fast allen Vereinen ist es doch so: Ist jemand gut, dann ist er integriert, ist er nicht gut, dann will man ihn nicht. Aber selbst wenn er gut ist, dann trinkt man abends sein Bier ohne ihn.“

Die Probleme einfach aussitzen – das war keine Option für die Verantwortlichen der Stadt Oranienburg. Sie erkannten: Geschieht nichts, ist die Gefahr groß, dass sich die hinter den Spannungen verborgenen Konflikte vermischen, eventuell von rechtsradikalen Strukturen geschürt werden (für rechtsradikale Instrumentalisierungsversuche gibt es konkrete Anzeichen!) und sich irgendwann wieder gewalttätig entladen. Deshalb begrüßte die Stadt die Anregung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), mit dem Projekt „Ziviler Friedensdienst in Oranienburg“ einen neuen, ganzheitlichen Ansatz der Konfliktbearbeitung zu versuchen. Mit der Projektumsetzung beauftragte die Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland (ArGe ZFDiD) das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD), das über langjährige, internationale Erfahrungen in Konflikt- und Krisenregionen verfügt.

Ende 2006 nahm das Konfliktberatungsteam des forumZFD seine Arbeit auf. Die intensive Analyse der gesamten Konfliktlage stand zunächst im Vordergrund. Hunderte vertrauliche Gespräche und Begegnungen mit allen Schlüsselakteuren aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Vereinen, Medien, der Gedenkstätte Sachsenhausen und natürlich mit den Spätaussiedlern selbst verschafften dem Team ein umfassendes Bild hinsichtlich der Aktivitäten, Bedürfnisse und Reibungspunkte aller relevanten Akteure.

In der Analyse wurde herausgearbeitet, dass ein wesentlicher Schlüssel zur Minderung des Konfliktpotenzials in Oranienburg darin besteht, noch mehr als bisher den Spätaussiedlern Wege der aktiven Mitwirkung am wirtschaftlichen und sozialen Leben der Stadt zu eröffnen. Da diese Neubürger über viel Lebenserfahrung verfügen und oft hoch qualifiziert sind, ist dies eigentlich nicht so schwierig. Es bedarf aber „Brückenbauer“, die sich unter Spätaussiedlern, Behörden wie Alteingesessenen gleichermaßen bewegen und einen Dialog herstellen. Streit und gegenseitige Blockade in einigen bisherigen Formen der Selbstorganisation behindern gegenwärtig die weitere Aktivierung deutlich. Sichtbar wurde in der Analyse aber auch, dass gerade in der Mittelstadt viele Alteingesessene die gleichen Probleme haben wie die Spätaussiedler. Isolierte Aktivitäten nur für die Spätaussiedler würden deshalb Neid, Ablehnung und damit neue Konflikte hervorrufen.



Bemerkenswerterweise entwickelte sich in Oranienburg während der Analysephase eine intensive Diskussion über Konflikte in der Stadt im Allgemeinen und die Situation der Spätaussiedler im Speziellen. Eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Seit Abschluss der Analyse Mitte 2007 arbeiten die ZFD-Mitarbeiter vor allem daran, im Sinne eines Empowerments ein Kernteam der Spätaussiedler aufzubauen, das die Blockade überwindet und die weiteren Aktionen selbst in die Hand nimmt. Ein mühseliger, langwieriger Prozess: Totalitäre Erfahrungen in der Sowjetunion und hohe Arbeitslosigkeit haben Bewusstsein und Willen zur kommunalen Partizipation geschwächt. Insbesondere männliche Spätaussiedler sind nur schwer zu erreichen. Dennoch, es zeigen sich erste Erfolge: So haben sich im März 2008 achtzehn engagierte Spätaussiedler und Alt-Oranienburger zur „Initiative Bürgerzentrum“ zusammengetan und die Initiative inzwischen auch schon in die Formen eines Vereines überführt!

Zu den Leitlinien des ZFD gehört, dass das Konfliktberatersteam bei seiner Intervention von außen nicht selbst zum Akteur wird, sondern die vorhandenen Potenziale in der lokalen Zivilgesellschaft weckt. Es gibt Denkanstöße und hilft, eingefahrene

Organisations- und Denkstrukturen zu verändern und Abkapselung und Rückzug zu überwinden. Das Projekt möchte dementsprechend auch nicht ein weiteres Sozialarbeitsprojekt in Oranienburg sein. Vielmehr gilt es, lokale Schlüsselpersonen auf allen Ebenen (Stadt, Landkreis, Schulen, Polizei, Integrationsakteure, Spätaussiedlervertreter, Meinungsführer unter den Alt-Oranienburgern) zu aktivieren und einzubinden, um gemeinsam (!) ein lokales Integrationskonzept zu entwickeln und Grundlagen für die konkrete Umsetzung zu schaffen. Dabei muss das forumZFD-Team durchaus schon einmal in die Auseinandersetzung mit lokalen Verantwortlichen gehen. Aus diesem Grund zeigt sich einmal mehr: Allparteilichkeit und grundsätzliche finanzielle Unabhängigkeit von lokalen Geldern sind wesentliche Faktoren zum Gelingen des Projekts.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion zum Projekt „Ziviler Friedensdienst in Oranienburg“ wurde deutlich, dass die Erfolgsfaktoren des Vorhabens ähnlich denen der anderen vorgestellten Projekte sind: eine Situationsanalyse als erster Schritt, eine langfristige Finanzierung verbunden mit angemessener Infrastruktur und genügend



Zeit, um sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen zu können. Das Projekt besitzt viel Ähnlichkeit mit sozialer Integrationsarbeit. Grassierender Rechtsextremismus wird als Problem wahrgenommen, kann aber nicht innerhalb dieses Projekts angegangen werden. Es gibt jedoch einen Austausch mit dem mobilen Beratungsdienst im Land Brandenburg.

Allen drei Projekten ist gemein, dass sie eine Struktur aufbauen, die regional etwas nachhaltig verändert und die die Initiatoren überflüssig machen will. Erst wenn die neu aufgebauten Strukturen selbstständig arbeiten, kann von einem nachhaltigen Erfolg gesprochen werden. Ein großes Problem ist dabei die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Die Projekte haben oft nur Modellcharakter und laufen meist nach drei Jahren aus. Dies ist meist zu kurz, um nachhaltige Strukturen aufzubauen. Die Frage der Parteilichkeit ist immer relevant. In der Außenwahrnehmung erscheinen die Projekte schon durch ihre Finanzgeber als parteiisch geprägt. Das erschwert die Kontaktaufnahme bei manchen Akteuren vor Ort.

Man muss die vorhandenen Kompetenzen vor Ort erkennen und fördern; belehrendes Verhalten wirkt kontraproduktiv. Hilfreich ist, bei fehlenden fachlichen Kompetenzen der Konfliktbeteiligten weitere externe Experten einzubeziehen, z.B. Referenten, die die Strukturen der Rechtsextremen erklären. Die moderierende und konfliktbearbeitende Rolle sollte klar von einer inputgebenden getrennt werden. Allparteilichkeit kann jedoch auch heißen, die Balance zwischen den Akteuren herzustellen, beispielsweise zwischen kommunaler Behörde und der lokalen, jugendlichen Antifa-Gruppe.

Alle Projektbeispiele zielen in ihrer konkreten Arbeit auf regionale und kommunale Konflikte, sind jedoch bestrebt, diese Arbeit in den übergreifenden gesellschaftli-

chen Strukturen zu verankern. Daraus ergab sich der Vorschlag, dass auch die AG ZKB Inland in der *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* inhaltlich auf die Konfliktbearbeitung im kommunalen Raum fokussiert und sich darüber hinaus um die Verankerung dieser Arbeit durch eine verstärkte Lobbyarbeit auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene bemüht.

Um Lobbyarbeit zu erleichtern und mit der Politik in einen Dialog eintreten zu können, sind Qualitätsstandards hilfreich, die auf der Grundlage von Projekterfahrung gewonnen werden. Dies sollte mit der Propagierung von erfolgreichen Projektbeispielen verbunden werden. Dabei sollen Wissensdefizite nicht versteckt, sondern klar benannt werden, um gemeinsam an diesen Defiziten zu arbeiten. Ziel einer verstärkten Lobbyarbeit ist, von der immer wieder kurzfristigen, modellhaften Projektförderung weg, hin zu einer langfristigen Regelförderung zu kommen. Es gibt inzwischen ausreichend Know-how, um langfristig arbeiten zu können; es bedarf aber auch weiterhin neuer, experimenteller Ansätze bei neuen Herausforderungen. Jedoch brauchen nicht immer wieder neue Ansätze gefunden werden, weil es bereits viele Erfahrungen gibt. Daher es ist auch notwendig, den Kontakt und Austausch zu anderen Netzwerken zu suchen. Durch Vernetzung und gegenseitige Teilnahme an Tagungen und Netzwerktreffen können neue und interessante Erkenntnisse gewonnen werden, die gerade bei der Erarbeitung von Qualitätsstandards hilfreich sind.

Da die Landschaft der in diesem Bereich aktiven Akteure unübersichtlich ist und eine Sammlung erfolgreicher Projektbeispiele fehlt, sollte ein Ziel sein, eine Bestandsaufnahme zu erstellen. Dieses Thema soll beim nächsten Treffen der AG ZKB Inland der *Plattform* am 29. Mai 2008 ein Schwerpunkt sein.



Protokoll der Arbeitsgruppe 3: „Lobby für Frieden“

Protokoll: Tilman Evers

Referenten und Referentinnen: Heide Schütz (Frauennetzwerk für Frieden), Peter Croll (Internationales Konversionszentrum Bonn - BICC), Björn Kunter (Bund für Soziale Verteidigung)

Moderation: Ulrich Frey

Die Diskussion in der AG verlief nicht einfach, aber lehrreich – nicht zuletzt in Bezug auf die Vielgestalt der *Plattform* und der daraus folgenden Möglichkeiten und Grenzen gemeinsamen Handelns.

Es gab drei vorbereitete Inputs:

Heide Schütz berichtete von den Erfahrungen mit der ersten Auftaktveranstaltung zum Internationalen Friedenstag am 21. September 2007 in Bonn (kleinere Auftaktveranstaltungen gab es in fünf weiteren Städten). Die Chance dieses Tages sei es, alle lokalen Ansätze von Friedensarbeit - inklusive Stadtverwaltung, Schulen, Künstler und andere - zusammenzuführen und sichtbar zu machen. Zugleich werde dabei die internationale Dimension verdeutlicht, beispielsweise durch Referenten und Referentinnen aus Konfliktregionen sowie in Bezug auf weltweite Bemühungen und Netzwerke wie die Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC).

Peter Croll stellte ein „Plädoyer für eine integrative Sicherheitsstrategie“ vor, basierend auf einem gemeinsam mit Tobias Debiel und Stephan Klingebiel erarbeiteten Papier von 2007. Die BRD verfüge über keine angemessene Sicherheitsstrategie, die Orientierung für ihre Außenbeziehungen gebe. Als wichtige Schritte nannte Croll:

- die Entwicklung einer solchen Strategie, mit klarem zivilem Primat;
- die Weiterentwicklung der Ressort übergreifenden Abstimmung zu echten Planungs-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeiten und
- die Stärkung der Mitwirkung des Bundestags, auch bei der Entwicklung ziviler Optionen.

Kontrapunktisch zu diesem Top-down-Ansatz referierte Björn Kunter den Bottom-up-Ansatz der geplanten Kampagne „Vorrang für Zivil“. Nach intensiven Vorgesprächen sei das Gründungstreffen für den 17. April 2008 geplant. Die zentrale Forderung sei die nach einem kontinuierlichen Ausbau der zivilen Ressourcen, so lange, bis diese auch materiell Vorrang vor militärischen Ressourcen gewinnen. Dem sollten dezentrale Veranstaltungen wie auch unmittelbare Gespräche mit der Politik dienen. Die Ernüchterung in der Bevölkerung über militärische Auslandseinsätze biete dafür eine Chance. Bisher fehle allerdings noch eine mobilisierende Konkretisierung. Es sei bislang auch nicht gelungen, den Trägerkreis maßgeblich über die militärkritischen Bewegungen hinaus zu verbreitern.

Die Diskussion in der AG ging nicht ins Detail dieser drei Inputs, sondern folgte - davon angeregt - eher der Leitfrage: Was könnte eine eigene Lobby-Strategie der *Plattform* sein? Sie erbrachte keine schlüssigen Ergebnisse, sondern eher Bausteine

- auf unterschiedlichen Ebenen,
- mit unterschiedlichen Inhalten und Formen und
- bezogen auf unterschiedliche Adressaten.

Dabei zeichneten sich drei unterschiedliche Milieus mit ihren je eigenen Herangehensweisen ab:

- die „Professionellen“ im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung, die auf ausdifferenzierte konkrete Vorschläge im unmittelbaren Dialog mit der Arbeitsebene auf staatlicher Seite setzen;



- die „Friedenspolitiker“ (einige auch Sicherheitspolitiker), die strategische Gesamtentwürfe auf politischer Leitungsebene (z.B. der Parteien) vermitteln möchten;
- die klassische Friedensbewegung mit einem primär militärkritischen Ansatz, verbunden mit sozialer Vernetzung und Kampagnenerfahrung, aber schwächeren Zugängen zur Politik.

Diese unterschiedlichen Zugänge drückten sich aus in unterschiedlichen, zum Teil kontroversen Einschätzungen, unter anderem

- zum friedenspolitischen Wollen und Können der betreffenden Ministerien,
- zur Bedeutung des Aktionsplans der Bundesregierung,
- zur möglichen Positionierung der *Plattform* und
- zu aussichtsreichen Herangehensweisen.

Der folgende Vorschlag traf auf Konsens:

Die *Plattform* organisiert im Spätherbst 2008 ein Gespräch mit Bundestagsabge-

ordneten. Sie nutzt dabei der Phase der beginnenden Wahlprogramme. Ein „Aufhänger“ ist der Zweite Fortschrittsbericht zum Aktionsplan. Die Zielperspektiven ergeben sich aus der Charta der *Plattform*: Es geht um den Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung sowohl auf staatlicher wie insbesondere auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

Eine Arbeitsgruppe entwirft ein Grundlagenpapier für diese Gespräche. Ihr gehören Ulrich Frey, Julia Fehl und Ute Finckh-Krämer an. Das Papier

- nimmt Bezug auf die Werte und langfristigen Ziele der *Plattform*,
- verweist auf den Aktionsplan,
- benennt in diesem Rahmen eigene Beiträge und Bedarfe der Zivilgesellschaft und
- macht Einzelvorschläge zur Weiterentwicklung der zivilen Konfliktbearbeitung auf staatlicher Ebene.

Der Entwurf wird möglicherweise in einem Studientag mit interessierten Teilhabenden diskutiert.



Protokoll der AG 4: „Sicherheit und Frieden mit der Europäischen Union?“

Protokoll: Katarina Fritzsche

Referenten:

Marc Baxmann (Gruppe Friedensentwicklung [FriEnt], Referent für internationale Prozesse der entwicklungspolitischen Friedensarbeit), Dr. Albrecht Schnabel (Schweizerische Friedensstiftung swisspeace, Projektleiter des Forschungsprogrammes HUSEC [Human Security])

Moderation: Ute Hegener

Zu Beginn begrüßt die Moderatorin die Anwesenden und stellt die Referenten vor. Es folgt eine kurze Vorstellungsrunde, bei der die Teilnehmenden knapp ihren Hintergrund (Arbeitsfeld) und ihre Motivation zur Mitwirkung an der AG schildern. Mehrfach genannt wird in diesem Zusammenhang ein Interesse an den Themen Entwicklungspolitik der EU, Sicherheit und EU sowie an der internationalen Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich Konflikttransformation arbeiten.

Als Ausgangspunkt der AG wird thematisiert, dass sich die EU immer mehr von dem Leitbild der Zivilmacht, unter dem sie ursprünglich entstand, entfernt. Die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsprozessen auf die europäische und internationale Ebene (Fokus: EU-Politik) stellt eine Herausforderung dar. In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen: Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft in diesem politischen Spannungsfeld? Wo muss sie eingreifen und was kann sie tun?

Vortrag von Marc Baxmann: „Das EU-Stabilitätsinstrument und die Peace Building Partnership“¹

Der Referent gibt einleitend einen kurzen Überblick über die wesentlichen Strukturen der EU und ihrer Instrumente. Zur Verdeutlichung des Anspruchs der EU im Be-

reich Konfliktbearbeitung zitiert Marc Baxmann aus dem 2002 veröffentlichten Bericht des EU-Rats zur Umsetzung des Götteborger Programms zur Verhütung gewaltsamer Konflikte:

„Die EU als erfolgreichstes Beispiel der Konfliktverhütung, basierend auf demokratischen Werten und der Achtung der Menschenrechte, ist politisch und moralisch verpflichtet zu handeln, um die tragischen Folgen gewaltsamer Konflikte zu verhindern.“

Es folgt die Erläuterung relevanter Strukturen und Instrumente der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates. Dabei werden die wesentlichen Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung aufgezeigt und im Hinblick auf ihre Friedensfähigkeit bewertet. Zusammenfassend werden institutionelle Reformen und deren Auswirkungen auf die Friedensfähigkeit der EU dargestellt und ein Ausblick auf die voraussichtlichen Veränderungen durch den EU-Reformvertrag gegeben.

Im Zusammenhang mit der Vernetzung von friedenspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf europäischer Ebene werden die Aufgaben und Ziele von EPLO (European Peacebuilding Liaison Office) skizziert. EPLO wird als Netzwerk europäischer Friedensorganisationen (wie die *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung*) beschrieben, mit dessen Hilfe die friedens- und entwicklungspolitische Arbeit von NGOs in Brüssel präsentiert und Einfluss auf die europäische Politik genommen werden soll.

¹ Als Handreichung wird der Text „Das EU-Stabilitätsinstrument und die Peace Building Partnership“ (FriEnt Briefing Nr. 7, 12/2007) ausgeteilt.



Bezug nehmend auf das ausgeteilte Briefing wird das EU-Stabilitätsinstrument vorgestellt:

„Ziel des Stabilitätsinstruments ist es einerseits, rasch, flexibel und kohärent zu den anderen Instrumenten der Kommission und der Politik des Rates, wie sie sich z.B. im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festmacht, auf Krisenfälle in Drittländern zu reagieren; andererseits soll es längerfristig Kapazitäten aufbauen, um globalen Gefahren begegnen zu können ...“ (FriEnt Briefing Nr.7, 12/2007, S. 2).

Das Instrument umfasst zwei Bereiche: die kurzfristigen Hilfen zur Reaktion auf Krisen und die langfristigen Maßnahmen zur Abwendung globaler Bedrohungen (weitere Informationen unter www.frient.de/materialien/detaildoc.asp?id=674).

Der Referent geht anschließend auf die Peace Building Partnership (PBP) ein, die im Juni 2006 durch das Europäische Parlament und die Europäische Kommission gegründet wurde und in der Generaldirektion Außenbeziehungen der Kommission angesiedelt ist. Die PBP soll die Expertise der Kommission im Bereich zivile Konfliktbearbeitung ausbauen und die Kommunikation zu staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den EU-Mitgliedsländern fördern. Zentrales Ziel der PBP ist außerdem die Stärkung von Kapazitäten nichtstaatlicher Akteure und deren Vernetzung. Hierzu gehört auch die Etablierung eines NGO-Konsortiums auf europäischer Ebene:

„Das Konsortium aus zehn europäischen Partnerorganisationen, das erst unlängst unter dem Titel ‚Initiative for Peace‘ seine Arbeit aufgenommen hat, konzentriert sich auf sechs Kompetenzcluster - Mediation, regionale Kooperation zu Umwelt, Wirtschaft und natürliche Ressourcen, Sicherheit, Demo-

kratisierung und Transitional Justice, Gender, Capacity Building und Training - und soll in diesen Bereichen Erfahrungen bündeln sowie einen Beitrag zu Politikberatung leisten“ (FriEnt Briefing Nr.7, 12/2007, S. 4f.).

Unter den Stichworten „Flexibilität und Kohärenz“, „Entwicklung, humanitäre Hilfe und Sicherheit“ sowie „Zivilgesellschaft“ formuliert Marc Baxmann am Ende seines Vortrags die Herausforderungen in Bezug auf das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Europäischen Kommission:

1. die deutliche Anerkennung zivilgesellschaftlicher Kompetenzen im Bereich der Friedensförderung und der eigenständigen Rolle von Nichtregierungsorganisationen;
2. die Einhaltung des Grundsatzes der Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung und Umsetzung von Politik und die verstärkte Konsultation von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Konfliktregionen;
3. die verstärkte institutionelle Förderung europäischer friedensorientierter NGOs durch die EU.

Als Herausforderung für zivilgesellschaftliche Akteure benennt der Referent:

- Vernetzung und internationale Koordination der Advocacy- und Lobbyarbeit zur Kommunikation der Wirkung von NGO-Arbeit und zur Erhöhung des politischen Stellenwerts und der gesellschaftlichen Akzeptanz der zivilen Konfliktbearbeitung;
- Intensivierung eines Mehr-Ebenen-Dialogs;
- Unterstützung der Südpartner im Dialog mit der EU.

Diskussion

Die anschließende Diskussion konzentriert sich zunächst stark auf das Thema Projektanträge und die Erfahrungen der Teilnehmenden mit der Website der PBP. Es wird die Frage aufgeworfen, wer Pro-
www.konfliktbearbeitung.net



jektanträge stellen kann (sowohl im Sinne von Kompetenz als auch im Sinne von Berechtigung). Erörtert wird zudem die vorteilhafte Stellung großer NGOs. Der Referent weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ähnliche Probleme auch bei anderen Instrumenten bestehen. Kritik wird von den Diskutanten an der Undurchsichtigkeit der Internetseite von PBP und an der kompliziert gestalteten Antragsstellung geübt. Des Weiteren wird der große Planungsaufwand beanstandet: So gibt es z.B. verschiedene Lots für verschiedene Themen, wobei eine antragstellende NGO nicht in mehrere Lots gleichzeitig fallen darf, was zur Folge hat, dass Nichtregierungsorganisationen teilweise systematisch ausgebremst werden.

Weitere Diskussionen entwickeln sich um folgende Aspekte:

- Kleine NGOs, die nur in drei oder vier Ländern tätig sind und dadurch keine Möglichkeit zur Zusammenarbeit erhalten, werden benachteiligt.
- Internationale Organisationen treten in Wettbewerb um lokale NGOs (Beispiel: Erfahrungen von Sabine Klotz aus OSZE-Missionen im Balkan). So entsteht eine Konkurrenz zwischen verschiedenen lokalen NGOs und EU-Organisationen.
- Es gibt ein hierarchisches Gefälle in der „NGO-Welt“ und bei der Förderung von „usual suspects“.
- Große internationale Organisationen greifen in Nachkriegssituationen in die lokalen Konfliktlösungsmechanismen ein und zerstören diese mitunter sogar (Beispiel: Wolfgang Heinrich zum Sudan). Kritisiert wird in diesem Zusammenhang das „Aufdrücken“ europäischer/westlicher Strukturen.
- Europäische zivilgesellschaftliche Organisationen (und ihre Akteure) werden unweigerlich als Vermittler von EU-Strukturen in den lokalen NGOs des Südens instrumentalisiert.
- Hieraus ergeben sich die Fragen: Welche Art von Wissen kann dem entgegengesetzt und welche Gegenstrategien können entwickelt werden?

Vortrag von Dr. Albrecht Schnabel: „Das Konzept der menschlichen Sicherheit: geeignet als europäisches Sicherheitskonzept?“²

Der Referent stellt das Konzept der menschlichen Sicherheit vor, erläutert zentrale Begriffe wie „menschliche Sicherheit“ und „menschliche Unsicherheit“, verortet den Ansatz in der akademischen und politischen Welt und betont die Gleichwertigkeit von traditionellen und nicht-traditionellen Sicherheitsbedrohungen. Er fasst die Schlüsselmomente in der Verbreitung und politischen Implementierung des Ansatzes zusammen: der UNDP Human Development Report von 1994, der kanadische Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat im Jahr 2000, der Human Security Commission Report von 2002 und der Human Security Report von 2005. Es folgt eine Vorstellung des Forschungsprojektes OPHUSEC (Operationalisierung menschlicher Sicherheit), das in Zusammenarbeit mit dem Forschungsprogramm NCCR (National Centre of Competence in Research) North-South entwickelt wurde. In diesem Rahmen wurden Forschungsteams für die Länder Äthiopien, Kirgistan und Venezuela zusammengestellt. Die wesentliche Aufgabe der Projekte bestand darin, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung Bedrohungen menschlicher Sicherheit zu analysieren und kontextspezifische Gegenstrategien zu entwickeln.

Albrecht Schnabel stellt die Hypothese auf, dass Bedrohungsanalysen wesentlich bessere Ausgangssituationen zur Sicherung besserer Lebensumstände verschaffen als Konfliktanalysen. Er erörtert die Frage nach dem innovativen Potenzial des Ansatzes zur menschlichen Sicherheit und betont dessen pragmatischen Charakter.

² Zu Beginn des zweiten Teils der Arbeitsgruppe verteilt die Moderatorin Ute Hegener drei verschiedenfarbige Karten (gelb, orange, grün), auf denen Perspektiven, Impulse und Herausforderungen für die Arbeit von NGOs allgemein und die der *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* im Speziellen gesammelt werden sollen (Anm.: Aus Zeitgründen konnte dies nicht mehr umgesetzt werden; die Teilnehmenden wurden daher am Ende gebeten, die Karten mitzunehmen und sich für die Plenumsdiskussion am darauf folgenden Tag einige Aspekte zu notieren).



Anschließend wird das methodische Vorgehen bei Länderstudien dargestellt: Auf erstens die Erstellung eines Situationsprofils sollte zweitens eine Bedrohungsanalyse erfolgen (Leitfragen: Wer wird wann, wo und wovon bedroht?). Die drittens darauf folgende Identifizierung von Schlüsselbedrohungen und Entwicklung von Präventionsmaßnahmen bilden die letzten Schritte vor viertens der Umsetzung und Evaluation. Kriterien für Schlüsselbedrohungen sind (a) existenzielle Gefahren, (b) gemeinsame Grundursachen sowie (c) verschiedene Akteure. Der Referent gibt einen Auszug aus einer Bedrohungsanalyse für Äthiopien (insgesamt 122 Bedrohungen) wieder: „1. lack of basic income; 2. inter-clan / inter-ethnic conflicts; 3. HIV/AIDS, TB, Malaria; 4. culturally embedded female discrimination; 5. flood and drought“

Er beleuchtet die Rolle von menschlicher Sicherheit für die Friedensförderung und stellt die Forderung nach Bedrohungsanstelle von Konfliktanalysen auf; Verletzlichkeitsanalysen sollen existenzielle Bedrohungen aufdecken. Die Bedeutung des Konzepts für Konfliktbearbeitungsmechanismen liegt darin, dass Gewaltprävention auf „reale Bedrohungen“ ausgerichtet sein muss, wobei die Bedarfsklärung an vorderster Stelle steht; alle beteiligten Akteure müssen hinsichtlich der definierten Bedrohungen übereinstimmen. Albrecht Schnabel wirft zudem die Frage auf, ob das Konzept der menschlichen Sicherheit als Basis eines europäischen Sicherheitskonzepts dienen kann, und stellt Inhalt und Fokus des vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonzepts zusammenfassend dar (Report der Human Security Study Group, Nov. 2007, Madrid). In diesem Kontext wurden sechs Handlungsparameter formuliert:

1. das Primat der Menschenrechte,
2. legitime politische Autorität,
3. die Stimulierung von „Bottom-up“-Prozessen,
4. effektiver Multilateralismus,
5. die Anwendung eines integrierten regionalen Ansatzes sowie
6. das Verfolgen einer klaren und transparenten Strategie.

Die Rolle von NGOs und deren Herausforderungen sind essenziell in Bezug auf die erfolgreiche Förderung von „local ownership“ und „bottom up effects“. Als Aufgabenbereiche für NGOs nennt der Referent:

- die Förderung von CSO (Civil Society Organisations) im Süden,
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen CSO im Süden und der Europäischen Union sowie
- die Förderung von Netzwerken zwischen dem Süden und dem Norden.
- Förderprogramme wie die Peace Building Partnership unterstützten dies, jedoch sollten auch mögliche Gefahren beachtet werden wie die wiederholte Förderung von „usual suspects“ und die Vernachlässigung anderer, weniger bekannter NGOs. Zudem besteht das Risiko der „EU-isierung“ der lokalen CSO.
- Die Herausforderungen für die NGOs bestehen in der Sichtbarmachung und Verbreitung des Konzepts der menschlichen Sicherheit.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion stehen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Worin bestehen die Aufgaben der Zivilgesellschaft zur Gewährleistung der menschlichen Sicherheit? → In der Ausarbeitung eines gerechteren, zivileren Miteinanders und der Förderung von „local ownership“.
- Wo liegt der Ausgangspunkt für politisches Handeln seitens der Zivilgesellschaft (Verweis auf die enge Definition des Konzepts menschlicher Sicherheit, das sich auf direkte, nicht strukturelle Gewalt bezieht)?
- Sind weitere Regionalstudien sinnvoll? Sollte man verschiedene Aktionen in einer bestimmten Region bündeln (Stichwort: Fragmentarisierung der NGOs vor Ort)?
- Was ist „unser“ Ziel (der *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung*)? Wollen wir eine Lobby-AG für „early warning and early response“?
- Inwiefern spielt die „responsibility to protect“ auf EU-Ebene eine Rolle und



wie wird sie im OPHUSEC-Projekt berücksichtigt? → In diesem Zusammenhang wird auf das Global Center for the Responsibility to Protect in New York verwiesen, das vor allem Massenverbrechen/Genozide aufarbeitet.

- Wie kann man den Staat in die Pflicht nehmen, seine Schutzaufgabe wahrzunehmen? Ergeben sich aus den völkerrechtlichen Abkommen im Falle der Verletzung zwingend Pflichten für Drittstaaten? → Der akademische Diskurs tendiert zu „Ja“. Die Südpartner müssen in die Frage der Präventionspflicht der Regierungen miteinbezogen werden. Es gilt, Interventionsmaßnahmen unterhalb der militärischen Schwelle zu erkennen und zu fördern.
- Welche Aufgaben ergeben sich für die europäische Zivilgesellschaft? → In der Stärkung der Südpartner, damit sich lokale NGOs selbstständig artikulieren können. Eine Perspektive ist, von den großen Projekten zu lernen.
- Inwiefern lässt sich das Konzept der menschlichen Sicherheit in Bezug auf das Thema EU als Friedensmacht nutzen? → Als Gegenbild zur Verabschiedung vom Leitbild der EU als ziviler Friedensmacht (Stichwort: Militarisierung der Politik); militärische Eingriffe sind nur EIN politisches Instrument bzw. EINE Handlungsoption.
- Können wir die Präventionsfrage in Bezug auf das Konzept menschlicher Sicherheit klären? → Im positiven Sinne partizipatorisch und kontextgebunden im Sinne von „bottom up“. Kritisiert wird die Ignoranz der „responsibility to prevent“. Die Rolle der Zivilgesellschaft besteht darin, den öffentlichen Diskurs auf die Prävention zu verlagern und die Politiker auf Präventionsmaßnahmen aufmerksam zu machen. Die Leitfrage ist, wo bereits im Präventionsbereich interveniert werden kann. Beanstandet wird zudem, dass der Aspekt der strukturellen Gewalt in der Prävention vernachlässigt wird. Es wird die Forderung erhoben, dass „usual suspects“ bereits in die Präventionsphase und nicht erst nach der Eskalation eines Konflikts eingebunden werden. Aus der Führungsrolle der „usual suspects“ soll ein Vorteil gezogen werden. Thematisiert wird die

„fatale Dynamik des Geldes“: Erst wenn Konflikte eskaliert sind, beginnt der Run der großen Organisationen.

Weitere Diskussionspunkte beziehen sich auf Perspektiven, Impulse und Aufgaben für die *Plattform*. So wird unter anderem die Frage aufgeworfen, wie die *Plattform* dazu beitragen kann, dass die Schutzpflicht der Regierungen in präventive Politik übersetzt wird. Eine Vision ist dabei das Konzept der Friedensmacht Europa. Erörtert wird auch die Etablierung eines Verhaltenskodexes für Friedensfachkräfte vor Ort. In diesem Zusammenhang wird auf den „code of conduct“ von International Alert verwiesen, woraufhin ein reger Erfahrungsaustausch der Anwesenden über die in ihren Organisationen vorherrschende Praxis stattfindet. Wichtig ist eine Differenzierung zwischen internen Kodizes der Organisationen, die den Mitgliedern dienen, sowie Kodizes zum Verhalten von NGOs gegenüber den lokalen NGOs im Süden. Eine Debatte über eine gemeinsame Basis (z.B. Menschenrechte) sowie über die Identifizierung von möglichen Problemen (z.B. Normen- und Wertetransfer) schließt sich an. Als entscheidende Faktoren zur Beachtung eines Kodexes werden Review- und Sanktionsmechanismen herausgestellt.

Anhand der Leitfrage: „Was wollen wir als *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung* und welche Erwartungen haben kleine und größere NGOs an die *Plattform*?“, werden abschließend Anliegen und Herausforderungen erarbeitet.

Zu den Anliegen an die *Plattform* gehören:

- die Stärkung des Partnerschaftsgedankens;
- die Stärkung des Netzwerkgedankens und die Nutzung der Vielfalt des Netzwerkes mit all seinen Schnittstellen, die Förderung des Wissenstransfers zwischen Organisationen der EU und NGOs im Süden durch Erweiterung, Verbreitung und Stabilisierung von Netzwerken;
- die Stärkung der sozialverantwortlichen Ebene, die Entwicklung eines Verhaltenskodexes;
- die Aufarbeitung von Präventionsmaß-



nahmen und die gezielte Förderung von NGOs.

Zu den Herausforderungen für die *Plattform* zählen:

- die Verschmelzung der deutschen und der europäischen Ebene (Stichwort: Europäisierung des Friedenstages);
- die Aktivierung der *Plattform* durch den Initiativkreis;
- die aktive Gestaltung der *Plattform* als Wissensdrehscheibe und eine mögliche Erweiterung der Koordination (z.B. Friedensfelder, AGs, offene Kooperationen);
- die Stärkung der Lobby-Aktivitäten des

Initiativkreises auf nationaler Ebene, wobei eine klare Definition des Selbstverständnisses essenziell (Aufgaben, Ziele, Pflege des Dialogs mit politischen Mandatsträgern) ist;

- die Förderung der Debatte über die Rückkehr zur Zivilmacht als oberste Zielfunktion der EU, die Aufklärung über EU-Strukturen und die Aufarbeitung von Erfahrungen von lokalen NGOs und EU-NGOs;
- die mögliche Unterstützung von kleineren Mitgliedern der *Plattform* bei Problemen der Antragstellung von Projekten und die weitere Förderung des Austausches zwischen den Mitgliedern.



Anhang

Tagungsprogramm

Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand – 10 Jahre Plattform Zivile Konfliktbearbeitung Jahrestagung vom 04. bis 06.04.2008 in Bonn

Evangelische Akademie im Rheinland, Bonn in Kooperation mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, 1998 in Bad Honnef gegründet, wird 10 Jahre alt. Das ist nicht nur Anlass zum Feiern, sondern vielmehr dazu, die Perspektiven der weiteren Arbeit der „Community“ und mit Interessierten bei einer Jahrestagung auszuloten. Die bisher erreichten Ergebnisse sollen in Erinnerung gerufen und gewürdigt werden. Leitend wird die Frage sein, inwieweit Zivile Konfliktbearbeitung die Friedensfähigkeit von Gesellschaften verbessert. In den Arbeitsgruppen sollen als weiterführende Themen beraten werden: „Verhältnis von Friedensforschung und Praxis der Konfliktbearbeitung“, „Zivile Konfliktbearbeitung im Inland“, „Lobby für Frieden“, „Sicherheit und Frieden mit der EU?“ sowie alte und neue Ziele und Funktionen der Plattform. Eingeladen sind alle Teilhabenden und Unterstützer und Unterstützerinnen der Plattform sowie die an der zivilen Konfliktbearbeitung Interessierten. Der Jahrestagung, die am Freitagabend beginnt, geht am Freitagnachmittag das Plenum (Mitgliederversammlung) der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung voraus, bei dem sich die Teilhabenden der Plattform treffen. Gäste sind herzlich willkommen.

Freitag, 4. April 2008

13.00 Uhr	Anreise
14.00 Uhr	bis 16.00 Uhr Plenum der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
16.00 Uhr	Kaffeepause
16.15 Uhr	bis 18.00 Uhr Fortsetzung des Plenums
18.00 Uhr	Abendessen

Jahrestagung „Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand – 10 Jahre Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

19.00 Uhr	bis 19.45 Uhr Begrüßung: Jörgen Klußmann für die Evangelische Akademie, Ute Hegener, Sprecherin des Initiativkreises Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V. Grußwort: Botschafter Friedrich Däuble, Auswärtiges Amt, Berlin
19.45 Uhr	bis 21.00 Uhr 10 Jahre Plattform – Rückblick und Ausblick Prof. Dr. Jörg Calließ, TU Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig Dr. Regine Mehl, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn
ab 21 Uhr	gemütliches Zusammensein



Samstag, 5. April 2008

- 08.00 Uhr Frühstück
- 09.00 Uhr bis 10.30 Uhr
Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand
 Podiumsdiskussion mit
 Dr. Karl-Ludwig Sommer, Gustav-Heinemann-Initiative, Lilienthal bei Bremen;
 Dr. Ute Finckh-Krämer, Bund für Soziale Verteidigung, Berlin;
 Angelika Beer, Bündnis 90/Die Grünen, MdEP, Brüssel;
 Peter Runge, VENRO Verband Entwicklungspolitik deutscher
 Nichtregierungsorganisationen, Bonn;
 Dr. Norbert Ropers, Berghof Foundation for Peace Support, Colombo, Sri
 Lanka (angefragt)
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr bis 12.30 Uhr
Arbeitsgruppen
AG 1: Die Plattform als Brücke zwischen Praxis und Forschung?
AG 2: Zivile Konfliktbearbeitung im Inland – Projekte im Dialog
AG 3: Lobby für Frieden
AG 4: Sicherheit und Frieden mit der Europäischen Union?
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.30 Uhr bis 15.30 Uhr
**Plenum: Wie funktionieren Netzwerke
 zivilgesellschaftlicher Akteure?**
 Dr. Thania Paffenholz, HEID, Universität Genf, Schweiz
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 16.00 Uhr bis 18.30 Uhr
Fortsetzung der Arbeitsgruppen
- 19.00 Uhr **Sektempfang und Buffet**
 Ansprache Ulrich Frey, Sprecher des Initiativkreises Plattform Zivile
 Konfliktbearbeitung e. V.
- Jubiläumsparty - 10 Jahre Plattform Zivile Konfliktbearbeitung mit der
 Band „Fulani“, Köln**

Sonntag, 6. April 2008

- 08.00 Uhr Frühstück
- 09.15 Uhr Andacht
- 09.30 Uhr bis 11.00 Uhr
**Impulse für Friedensfähigkeit –
 Anregungen aus den Arbeitsgruppen**
- 11.00 Uhr bis 11.30 Uhr Kaffeepause



11.30 Uhr bis 13.00 Uhr
**Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit -
 Resümee**

13.00 Uhr Mittagessen

Ende der Tagung

Tagungskosten:

120,00 € mit Übernachtung/Verpflegung

80,00 € ohne Übernachtung

15,00 € Gasthörerbeitrag

Tagungsleitung

Jörgen Klußmann M. A.

Tel. +49 (0) 228 9523-204

joergen.klussmann@akademie.ekir.de

Priska Palacios, Koordinatorin, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Berlin

koordination@konfliktbearbeitung.net, Tel. 030 54714321

Tagungssekretariat

Barbara Vellrath

Mo.-Do. 09.00 – 14.00 Uhr, Fr. 09.00-13.00 Uhr

Tel.: +49 (0)228 9523-205

Fax: +49 (0)228 9523-250

barbara.vellrath@akademie.ekir.de



PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Datum: 4. April 2008

Zivile Krisenprävention braucht neuen politischen Schub

Anlässlich des zehnjährigen Geburtstages der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung erklärt Winfried Nachtwei, sicherheits- und abrüstungspolitischer Sprecher:

Wir gratulieren der Plattform "Zivile Konfliktbearbeitung" ganz herzlich zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Die Plattform ist ein offenes Netzwerk von Personen, Organisationen und Einrichtungen zur Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland. Mittlerweile haben sich dem Netzwerk mehr als 60 Organisationen, Institutionen und Gruppen sowie 130 Einzelpersonen aus der Friedens- und Menschenrechtsarbeit, der Konfliktbearbeitung und Mediation, der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Wissenschaft angeschlossen. Mit großem Engagement und Ausdauer kämpfen sie dafür, dass der Vorrang ziviler Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktlösung politisch endlich mehr vorankommt und die dafür notwendigen Kapazitäten weiter aufgebaut werden. Angesichts der zunehmenden Ernüchterung über Militäreinsätze in den vergangenen Jahren ist das mehr denn je notwendig.

Mit Militär und erst Recht mit Krieg lassen sich Konflikte nicht lösen. Das bestreitet hierzulande kaum jemand. Um Konflikte friedlich zu lösen, Gewalteskalationen zu verhüten und Konfliktursachen zu bekämpfen, bedarf es aber ganz anderer Anstrengungen und Investitionen, als sie heute von der Bundesregierung, von der EU und den Staaten insgesamt erbracht werden. Statt die unter Rot-Grün begonnenen Ansätze einer Infrastruktur Zivile Konfliktbearbeitung zurückzufahren, ist ihr forcierter Ausbau überfällig. Frieden braucht Fachleute, Fähigkeiten und Finanzen.

Wenn die Bundesregierung es ernst meint mit ihrem vielbeschworenen vernetzten Ansatz in der Sicherheitspolitik, dann muss sie endlich auch mehr tun, um die Kohärenz, Ressourcenausstattung und die öffentliche Wahrnehmung der zivilen Krisenprävention zu verbessern. Zivile Krisenprävention spart enorme menschliche und finanzielle Kosten. Aber es gibt sie nicht zum Nulltarif.

Was wir auch in Deutschland brauchen, sind klare zivile Planziele bis wann welche Fähigkeiten erreicht werden sollen. Dringend notwendig ist außerdem eine Kommunikationsstrategie, um die Beiträge der zivilen Krisenprävention sichtbarer zu machen und darüber politische Unterstützung zu mobilisieren. Zivile Krisenprävention muss aus ihrer Nischenexistenz raus. Das muss die Bundesregierung jetzt leisten.

(c) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pressestelle
11011 Berlin

T: 030 / 227 - 5 72 12

F: 030 / 227 - 5 69 62

<http://www.gruene-bundestag.de>

eMail: presse@gruene-bundestag.de